Nr. 61. Halle (Saale), Mittwoch, den 13. März 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatlich 1.— Mk., vierteljährlich 3.— Mk. frei Haus oder bei Postbezug ab Post-amt; für Selbstabholer monatlich 1.— Mk., vierteljährlich 3 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. Sonntags-ausg. 10 Pfg. Für Kriegsfamilien 50 Pfg.

Eingehende monatlich Erscheinungsweise; Zahlung Vertrags nachmittags.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1610.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespalt. 46 mm breite Kolonelzeile kostet 20 Pfg., für außerhalb des Verbreitungsbezirks 25 Pfg. Anzeig. unter Text: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Kurland wird preußisch?

Die Herzogskrone für Wilhelm II.?

Jetzt wird folgende Nachricht bekannt:

Der bis auf ein entschuldigtes Mitglied am 8. März vollzählig in Mitau versammelte kurländische Landesrat hat einstimmig beschlossen:

1. S. M. den Kaiser und König zu bitten, die Herzogskrone Kurlands anzunehmen.
2. Dem Wunsche Ausdruck zu verleihen, Kurland durch den Abschluß von Konventionen betreffend das Militär-, Zoll-, Verkehrs-, Bahn-, Münz- und Gewichtswesen und andere Verträge Kurlands möglichst eng an das Deutsche Reich anzuschließen.
3. Die Hoffnung auszusprechen, daß das ganze Baltenland zu einer staatlichen Einheit im Anschluß an das Deutsche Reich zusammengefaßt werde.

Die Meldung besagt weiter, daß auch gleich ein Huldigungstelegramm an Wilhelm II. abgeschickt wurde. Die Berliner Hofpresse erklärt dazu:

„Nunmehr liegt neben der Erklärung des Landtages auch diejenige des Landesrats für eine Personalunion mit Preußen vor, es ist also keinerlei Zweifel mehr, was Kurlandselbst wünscht. Da diese Wünsche den deutschen Interessen nicht zuwiderlaufen, kann auch für uns keine Unklarheit darüber bestehen, was geschehen sollte. Der Antrag für die Personalunion ist mit Einstimmigkeit gefaßt, es ist also kein Platz mehr für anderweitige Agitationen."

Die Sache soll demnach als fix und fertig betrachtet werden. Daß man dabei den „Landtag" und den „Landesrat" als Vertretung des Volkes ansehen will, ja sogar als „Kurland selbst" bezeichnet, in der Wunderbar-Mutter der baltischen Blätter. Das kurländische Volk ist noch gar nicht befragt worden. Die „Volksvertretung" ist in der Zeit der Besetzung des Landes durch deutsches Militär einfach ernannt worden. Er konnte während der Besetzung natürlich nur eine solche Politik treiben, die die militärische Besatzung zuließ. Und jetzt erklärt die Berliner Presse, die Einstimmigkeit sei „Kurland selbst" und lasse für „anderweitige Agitationen" keinen Platz mehr. Basta!

Wir hatten geglaubt, die von Rußland losgerissenen Länder würden freie Selbstentscheidung und Selbstverwaltung bekommen, zu der in erster Linie Befragung des Volkes gehört. An eine Volksabstimmung scheint man nicht zu denken. Nachdem die deutschen Friedensunterhändler in Brest-Litowsk kategorisch erklärt hatten, die besetzten Randvölker hätten schon entschieden — ist das kein Wunder, sondern entspricht nur dem Sinne der ganzen preußisch-deutschen Ostpolitik. Kurland wird also — wenn es so geht, wie die Annektionistenorgane fordern — durch Personalunion des Herrschers an Preußen angegliedert.

•

Wie wunderbar sich alles fügt, lassen die weiteren Nachrichten der Annektionistenpresse erkennen. Da heißt es in einem Blatte, das sich auf offiziöse Verbindungen beruft:

„Es muß zunächst betont werden, daß das Angebot des Kurländischen Landesrats völlig freiwillig und ohne jedweden Druck von irgendeiner Seite erfolgt ist. Der Entschluß Kurlands ist selbst den best unterrichteten Stellen erst vor wenigen Tagen bekannt geworden. Die Personalunion Kurlands mit dem Deutschen Reich entspricht einem langgehegten Wunsch aller Kurländer, nicht nur derjenigen deutscher Abstammung. Wir müssen in diesem Beschlusse die erstmalige Umsetzung der neu proklamierten Formel vom Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker aus der Theorie in die Wirklichkeit sehen."

Die Sozialdemokratie hat von vornherein angenommen, daß das „Selbstbestimmungsrecht" der „kleinen Völker" in diesem Sinne „in die Wirklichkeit umgesetzt" werden würde. Ja, sie wußte auch schon das Ergebnis der Selbstbestimmung voraus: „Möglichst enge Angliederung an das Deutsche Reich", wie es in dem „Entschluß Kurlands" heißt. Diese Voraussage war kein Kunststück, sondern lag auf der Hand. Nachdem man wußte, daß der Kurländische Landesrat fast ausschließlich aus Vertretern des Adels deutscher Abstammung zusammengesetzt ist, mußte das ja so kommen. Ende 1917 sollen freilich auch einige lettische Landbesitzer und Vertreter der Städte hinzuberufen worden sein, doch bilden sie nur eine kleine Minderheit.

Eine Zeitung meldet, die Aussichten auf Annahme der Herzogskrone seien weit größer als die Aussichten auf Ablehnung. Das schließt sie wohl daraus, weil das Kronenangebot „einem langgehegten Wunsch aller Kurländer entspricht." — Dem Reichstag würde

„Gelegenheit zur Mitarbeit an der Lösung des zukunftsreichen Problems gegeben, wenngleich der Reichstag verfassungsgemäß an sich keinerlei Anspruch auf seine Heranziehung in dergleichen Fragen geltend machen kann."

Natürlich, der Reichstag ist ja nur die deutsche Volksvertretung.

Wie die Dinge in bezug auf Kurland laufen, so werden sie auch laufen in bezug auf die anderen besetzten Gebiete. Möglich, daß kleine formale Abweichungen erfolgen, aber sinngemäß kommt überall das Ergebnis des kurländischen Landesrats heraus: „Anschluß an das Deutsche Reich."

Die „Formel für die Uebertragung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in die Wirklichkeit" ist gefunden.

•

Livland. Berlin, 12. März. (W. T. B.) Dem Kaiser sind aus Dorpat folgende Telegramme zugegangen:

Eure Majestät bittet die livländische Ritterschaft, ihren untertänigsten Dank entgegenzunehmen für die Errettung Livlands aus Drangsal und Not und Stellung dieser ältesten deutschen Kolonie unter den Schutz des mächtigen Deutschen Reiches. Die livländische Ritterschaft knüpft daran das Gelübde unwandelbarer Treue und bittet Eure Majestät dessen gewiß zu sein, daß die Livländer mit Gut und Blut immerdar einzutreten bereit sein werden für die Größe des Deutschen Vaterlandes. Im Namen der livländischen Ritterschaft residierender Landrat.

gez. Baron Stael von Holstein,
Ritterschaftssekretär von Samson-Himmelstierna.

Ew. Majestät bitten die in der alten Deutschen Hochschule versammelten deutschen Professoren, Dozenten und Studenten ihren tiefgefühlten Dank für die Befreiung deutschen Wortes und Wesens entgegennehmen zu wollen. Ew. Majestät geloben wir unverbrüchliche Treue und Ergebenheit. Im Auftrage:

gez. Professor Dehio, Professor Hahn, Professor v. Manteuffel.

Der Kaiser hat durch Danktelegramm erwidert.

•

Was die Ukraine liefern will.

Die ausländische Presse berichtet: Nach Meldungen aus Kiew hat die ukrainische Delegation gelegentlich ihrer Verhandlungen in Berlin und Wien sich verpflichtet, noch in diesem Frühjahr den Zentralmächten 30 000 Eisenbahnwaggons Getreide, 2000 Eisenbahnwaggons Gefrierfleisch und 1000 Eisenbahnwaggons getrocknete Früchte zu liefern. Hierfür erhält die Ukraine von den Zentralmächten landwirtschaftliche Maschinen und chemische Produkte.

Wien, 12. März. (Eigenbericht Volksblatt Halle.) Die Bewegungen der österreichisch-ungarischen Truppen in der Ukraine programmäßig. Es werden alle organisatorischen Vorkehrungen getroffen, damit die Herbeischaffung der Lebensmittel aus der Ukraine in möglichst kurzer Zeit erfolgen kann.

•

Wilsons Botschaft an die Sowjets.

Präsident Wilson hat an den amerikanischen Konsul in Moskau folgendes Telegramm gesandt: Ich möchte die Gelegenheit des Zusammentritts des Kongresses der Sowjets benutzen, um die aufrichtigen Sympathien auszusprechen, die das Volk der Vereinigten Staaten für das russische Volk empfindet in dem Augenblick, wo die deutsche Macht ins Land gedrungen ist, um das für die Freiheit Errungene wieder zu zerstören und die Wünsche Deutschlands an die Stelle der Ziele des russischen Volkes zu setzen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat jetzt leider keine Möglichkeit, eine gerechte, zweckmäßige Hilfe zu leisten, und spricht darüber ihr aufrichtiges Bedauern aus. Ich ersuche Sie, das Volk von Rußland durch Vermittlung des Kongresses zu ermutigen, daß es jede Gelegenheit ergreifen solle, um für Rußland wieder vollständige Souveränität und Unabhängigkeit in seinen eigenen Angelegenheiten sowie vollständige Wiederherstellung zu erlangen, bis es seine erhabene Stellung im Leben Europas und der heutigen Welt sicherstellen kann. Das ganze Herz des Volkes der Vereinigten Staaten ist bei dem Volke von Rußland, es schließt sich ihm an bei dem Versuche, sich für immer von der automatischen Regierung freizumachen, und versichert, daß es hierbei sein eigenes Leben gern hingeben würde.

•

Von dem Kongreß. Eine Meldung aus Moskau besagt, der Sowjet von Moskau habe die Ratifizierung des Friedensvertrages mit den Mittelmächten mit ungeheurer Mehrheit angenommen. Dieses Abstimmungsergebnis lasse auf sicheren Erfolg der Volkskommissare der Regierung auf dem Gesamt-Sowjetkongreß, der am 12. März begann, schließen. Journal berichtet, der Umschwung in Moskau sei auf die Ausführungen Lenins zurückzuführen, der in Moskau die Gründe auseinandersetzte, weshalb Rußland den Frieden annehmen müsse. Von 165 Sowjets hätten 110 auf drahtliche Anfrage ein Votum für die Ratifizierung abgegeben. Der sachlichste Grund Lenins für die Annahme der Friedensbedingungen sei die vollkommene Desorganisation der russischen Armee, die jeden Widerstand vergeblich gemacht hätte.

Kommunistische Arbeiterpartei. Nach einer Meldung aus Petersburg hat die Partei der Bolschewisten ihren Namen geändert in Russische kommunistische Partei. Das Programm wurde auf eine noch breitere internationale Grundlage gestellt. Die Partei habe nach wie vor den Hauptzweck, in allen Ländern eine Revolution herzustellen. Sie habe mit großer Mehrheit beschlossen, den Vertrag von Brest-Litowsk zu ratifizieren.

•

Finnland. Berlin, 12. März. Die Meldung aus Kopenhagen, nach der deutsche Truppenabteilungen bei Abo gelandet seien, entspricht, wie W. T. B. erklärt, nicht den Tatsachen.

W. T. B. meldet aus Stockholm, daß der Plan der roten Gardisten in Finnland sei, „die bürgerlichen Elemente für die Zukunft so zu dezimieren, daß die Sozialdemokraten weiterhin die Mehrheit im Lande behalten." Der Zuzug von Roten Gardisten aus Rußland sei in der letzten Zeit in Südfinnland besonders groß gewesen. Die Gesamttruppenzahl der Revolutionäre soll sich auf 200 000 belaufen. Allein an der Front bei Abo stehen 50 000 Mann.

Das Tilsit der Maximalisten.

Von Ed. Bernstein.

Die Geschichte fordert immer wieder zu Vergleichen heraus. Kein Wunder, da das Leben und die Kämpfe der Völker, so sehr ihr Inhalt im Laufe der Zeiten wechselt, sich in Formen abspielen, deren Grundlinien nur wenig Veränderungen ausgesetzt sind.

Tilsit und Brest-Litowsk sind geographisch nicht weit voneinander entfernt und ähneln sich in ihrer Wirkung, damals Preußen, heute Rußland gegenüber. Rußland muß in seine Abschneidung von der Ostsee und der Nordküste des Schwarzen Meeres einwilligen und die Gestaltung der von ihm abgetrennten Ostseegebiete und der sogenannten Ukraine dem Machtwillen der Zentralmächte überlassen. So begreift es sich, daß nicht nur die bürgerlichen Parteien und die antibolschewistischen Sozialisten Rußlands, sondern auch die Bolschewiki selbst diesen Friedensschluß als tiefe Demütigung ihres Landes bezeichnen.

Was in Deutschland zu seiner Kritik vom sozialdemokratischen Standpunkt aus der Reichsregierung vorzuhalten war, ist bei der ersten Lesung des neuen Reichshaushalts von Hugo Haase und Ewald Vogtherr namens der Unabhängigen Sozialdemokratie mit der notwendigen Schärfe gesagt worden; und auch die beiden Redner Bürgerlicher Richtung, Scheidemann und Landsberg, haben an ihm reichlich abfällige Kritik geübt, doch geht aus den Reden der letzteren nicht hervor, ob ihre Partei entschlossen ist, die Zustimmung zu ihm zu verweigern, wenn er nicht von den Bestimmungen gereinigt wird, die von ihnen selbst als Quellen eines tiefen bitteren Gegensatzes zwischen dem russischen Volke und Deutschland gekennzeichnet worden sind.

Wie aber die Demütigung, die Preußen in Tilsit erfuhr, keineswegs ausschließlich dem Machtrausch Napoleon Bonapartes zuzuschreiben war, sondern, wie selbst sehr loyale preußische Geschichtsschreiber anerkannt haben, zu einem nicht geringen Teil durch Unterlassungssünden und Begehungsfehler der damaligen Regierer Preußens ermöglicht worden war, so trifft auch die Demütigung, die Rußland in Brest-Litowsk erfährt, diejenigen nicht schuldlos, welche die Regierung Rußlands in die Hand genommen haben. So sehr es uns Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratie widerstrebt, in einem Zeitpunkt, wo in Deutschland Reaktionäre, Liberale aller Art und Blocksozialisten im Einklang auf die Bolschewiki losschlagen, gleichfalls an ihnen Kritik zu üben, so wäre es doch ein Unrecht an der proletarischen Demokratie Rußlands, durch Beschönigen oder auch nur durch Schweigen denen, die Rußland in die jetzige Lage gebracht haben, die Möglichkeit zu geben, ihren sozialistischen Kritikern gegenüber für ihr Tun sich u. a. auf die Linke der deutschen Sozialdemokratie zu berufen. Vergesse man nicht, daß die Beschönigung der Fehler der Bolschewiki ein Schlag ins Gesicht der ganzen übrigen Sozialdemokratie Rußlands ist, und ihnen ihre ohnehin durch die Politik jener so ungemein erschwerte Aufgabe der Abhilfe noch schwieriger machen würde.

Die Bolschewiki oder Maximalisten, wie sie auch genannt werden, sind nicht die russische Sozialdemokratie. Zieht man die äußerst gemischte Gesellschaft ab, die sich ihnen angeschlossen hat, seit sie die Macht in die Hand bekommen haben, so besteht der Kern ihres Anhanges neben starken Schichten des industriellen Proletariats, zu einem beträchtlichen Teil aus Elementen, wie sie wohl einst Wilhelm Weitling, nicht aber Karl

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 13. März 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Abschnitten lebte am Abend der Artilleriekampf auf. Die Erkundungstätigkeit blieb rege. Bei Abwehr eines belgischen Vorstoßes östlich von Nieuport nahmen wir einen Offizier und 30 Mann gefangen. Eigene Unternehmungen östlich von Zonnebeke und südwestlich von Fromelles brachten 23 Engländer und Portugiesen ein. In der Champagne stürmten westpreußische Kompagnien nach starker Feuervorbereitung die französischen Gräben nördlich von Prosnes und kehrten nach Zerstörung der feindlichen Anlagen mit 90 Gefangenen in ihre Linien zurück.

Starke Erkundungstätigkeit in der Luft führte zu heftigen Kämpfen. Wir schossen gestern 19 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone ab. Rittmeister Freiherr von Richthofen errang seinen 61., Leutnant Freiherr von Richthofen seinen 28. und 29. Luftsieg.

Osten.

Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen stehen vor Odessa.

Mazedonische Front. Bei Makovo im Cernabogen hält die seit einigen Tagen durch eigenen erfolgreichen Vorstoß hervorgerufene erhöhte Tätigkeit der Franzosen auch gestern an.

Von der italienischen Front nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

•

Die täglichen Schiffsversenkungen. Berlin, 12. März. Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 19 500 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befand sich der englische bewaffnete Dampfer Rockpool (4502 Br.-R.-T.), der 6000 Tonnen Gerste und 615 Tonnen Stabeisenbarren geladen hatte. Der Kapitän des Schiffes wurde gefangen eingebracht. Zwei weitere 5000 Br.-R.-T. große Dampfer wurden vor dem Westausgang des Aermelkanals versenkt, davon einer, wahrscheinlich amerikanischer Nationalität, aus einem einlaufenden, stark gesicherten Geleitzug heraus. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180313-15/fragment/page=0001

Marx als Träger der sozialistischen Revolution vorschwebten. Der herrschenden aus Bolschewisten und linken Sozialrevolutionären zusammengesetzten Partei stehen nun fast geschlossen die übrigen sozialistischen Parteien gegenüber: die vereinigte Menschewiki-Partei unter Führung Axelrods, Martows und Jereteliis, das Zentrum und der rechte Flügel der Sozialrevolutionären Partei unter Führung Tschernaows, die vereinigten Gruppen der Internationalisten, die in Gorkis Organ Nowaja Shisn ihr Sprachrohr haben.

Seit einiger Zeit geben die oppositionellen Sozialisten unter der Redaktion von Paul Axelrod eine Korrespondenz in französischer Sprache heraus, betitet Les Echos de Russie (Stimmen aus Rußland), die in Stockholm erscheint, um den Sozialisten des Auslands ein Bild davon zu geben, wie es gegenwärtig um den Sozialismus in Rußland bestellt ist, und wenn man sich sagen muß, daß diese Stimmen zumeist von Kampfgenossen herrühren, die, Gemäßigte und Radikale, bisher mit den Stolz der Internationale geblidet haben, dann gebietet es zum mindesten die Unparteilichkeit, auch sie zum Wort kommen zu lassen und uns einer Sprache zu entholten, als seien die Bolschewiki der russische Sozialismus und ihr Anhang das russische Proletariat.

Es ist indes heute nicht meine Absicht, auf den inneren Kampf der Sozialisten in Rußland einzugehen und ein Bild davon zu geben, welcher Natur die Anklagen sind, die von den vereinigten oppositionellen Sozialdemokraten Rußlands gegen die Bolschewiki wegen deren Maßnahmen im Innern erhoben werden. Das würde mich in der Tat zurzeit in eine Nachbarschaft bringen, die ein Sozialdemokrat sorgfältig vermeidet. Wofür aber der Zeitpunkt gekommen ist, das ist die Feststellung der Ursachen des Tilsits der Bolschewiki.

Vor ziemlich drei Monaten habe ich — auch im Volksblatt — unter dem Titel: Die internationale Politik der Maximalisten einen Artikel veröffentlicht, worin ich in schonendster Sprache darlegte, welches nach meiner Ueberzeugung mit Notwendigkeit das Endresultat der auswärtigen Politik der Bolschewiki sein würde. Der Artikel ist mir von verschiedenen Genossen damals bitter übel genommen worden, ich kann sie aber nur auffordern, ihn heute noch einmal nachzulesen und sich die Frage vorzulegen, ob nicht alles so eingetroffen ist, wie es dort angezeigt wurde. Der Artikel wies warnend darauf hin, daß die von den Bolschewiki einaeschlagene Politik dahin führen werde, daß der deutsche Militarismus in die Lage komme, mit ihnen „zu spielen, wie die Katze mit der Maus". Ich bilde mir nichts darauf ein, daß diese Vorhersage eingetroffen ist, wünschte vielmehr, es wäre nicht der Fall. Wir würden dann wahrscheinlich zu einem für das deutsche wie für das russische Volk besseren Frieden gekommen sein. Wie für einen nicht das gute Herz über den Verstand die Oberhand bekommen läßt, wer es klar ersichtlich, sofern er nur überhaupt sich Mühe gab, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, daß das Ende der auswärtigen Politik der Bolschewiki nur ein völliger Bankrott vor dem preußischen Militarismus sein konnte.

Gewiß, die Bolschewiki haben, als sie die Regierung übernahmen, eine schwer belastete Erbschaft angetreten. Sie trafen eine zerrüttete Verwaltung an und ein Heer, das bereits stark von Wurm der Demoralisation angefressen war. Das soll ihnen gern zugegeben werden. Aber wenn sie überhaupt sich berufen fühlten, die Regierung ihres Landes zu übernehmen, dann mußten sie auch wissen, was in dieser Lage ihre erste Aufgabe war, nämlich alle sozialistischen und dem Sozialismus verbündeten demokratischen Kräfte zusammenzufassen, um das Land in den Stand zu setzen, zu leben und solange wenigstens zur Verteidigung fähig zu sein, als es den ersteren Frieden nicht endgültig haben werde.

War diese Aufgabe zu lösen? Ich maße mir nicht an, ein zuständiges Urteil darüber abgeben zu können. Aber Leute an Ort und Stelle, denen man Sachkunde nicht absprechen kann, behaupten es, und wenn man heute liest, was alles die deutschen Truppen bei ihrem Vormarsch in der Richtung nach Petersburg an Mitteln des Verkehrs und der Verteidigung zur Verfügung stehenden kleinen Gebiet aufgetroffen haben, so wird man mit Notwendigkeit zu der Folgerung gedrängt, daß zum Teil wenigstens nicht das geschehen ist, was geschehen konnte, um der Lage wenigstens einigermaßen gerecht zu werden. Neben dem Erlaß sozialistischer Dekrete und den Versuchen, diejenigen davon, die nicht nach Lage der Dinge zunächst toter Buchstabe bleiben mußten, in die Wirklichkeit umzusetzen, haben die Bolschewiki zwar viel getan, die Herrschaft ihrer Partei zu organisieren, aber sehr wenig, die Produktion und den Verkehr auf einem einigermaßen geregelten Stand zu bringen. Der Sozialismus läßt sich indes am wenigsten in einem industriell nur erst strichweise entwickelten Lande in ein paar Monaten verwirklichen. Die Gewalt, wie die Bolschewiki sie ausübten, konnte hier von Staats wegen wenig schaffen und von unten her wohl lähmen und zerstören, aber wenig aufbauen. Die unmittelbare Wirkung ihrer sozialistischen Experimenten ist eine weitere ökonomische Schwächung des Landes gewesen und konnte bei dem Fehlen so vieler Vorbedingungen nach Lage der Dinge auch nichts anderes sein.

Wie es aber auch mit den materiellen Mitteln der Verteidigung Rußlands nach außen stand, so konnte sie von den Bolschewiki schon deshalb nicht wirksam betrieben werden, weil diese vom Beginn der Rückkehr von Lenin und Genossen nach Rußland an ihre Agitation darauf eingestellt hatten, das Heer für jeden militärischen Zweck zu demoralisieren und den „unverzüglichen Frieden" zu fordern. In welchen Widerspruch sie sich dadurch mit ihrer Verkündigung des demokratischen Friedens setzten, daß sie den unverzüglichen Frieden nur haben konnten, wenn sie bereit waren, auf den demokratischen Frieden zu verzichten, den demokratischen Frieden aber nur sicherstellen konnten, wenn sie seine Verteidigung organisierten, habe ich in dem vorher zitierten Artikel deutlich genug dargelegt. Ich erkenne gern an, daß Trotki und Genossen bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk das mögliche getan haben, was geschickte Dialektik nun konnte, einen Friedensschluß demokratischen Charakters für Rußland und dessen Randvölker zu erwirken. Aber bei Verhandlungen im Kriege hat nicht die Dialektik des Geistes, sondern die Dialektik der Waffen das letzte Wort.

Das konnten die Bolschewiki sich im voraus sagen. Statt aber danach zu handeln, haben sie sich und ihre Gläubigen mit dem Hinweis auf eine in Deutschland und wer weiß wo noch bevorstehende Revolution getröstet. Hier ist es unmöglich, von einem bloßen Irrtum zu sprechen, ganz abgesehen davon, daß für Politiker, und ganz besonders für Politiker in regierender Stellung, der Irrtum keine Entschuldigung ist, sondern günstigenfalls als Milderungsgrund angeführt werden kann. Indes war ein Irrtum über die Nähe der Revolution in Deutschland bei Leuten ausgeschlossen, die über die Macht- und Parteiverhältnisse in diesem Lande so reichliche Erfahrungen zur Verfügung hatten, wie Lenin und Genossen.

So kann die Kritik sie nicht von dem Vorwurf freisprechen, für das Tilsit Rußlands mitverantwortlich zu sein. Sie kann ihnen auch nicht gestatten, ihr Teil der Verantwortung dadurch zu verringern, daß sie den Sozialisten der Zentralmächte und der westlichen Länder zurufen, nun ihrerseits schleunigst Revolution zu machen und dadurch den Randvölkern die Freiheit zu verschaffen, die sie selbst für jene verspielt haben. Revolutionen machen sich nicht auf Wunsch und unter allen Verhältnissen. Die Unabhängige deutsche Sozialdemokratie wird ihre ganze Energie aufbrieten, die politischen Wirkungen des russischen Tilsit für ihr Land und für die Demokraten der bisher unter Rußland Oberherrschaft gewesenen Ostseevölkerschaften abzuwehren. Aber es wird ein schwerer Kampf sein und nicht zum wenigsten dann um so schwerer, wenn Rußland als demokratischer Faktor in der europäischen Politik versagt. Schon aus diesem Grunde ist es von größter Wichtigkeit, daß die russischen Sozialisten ohne Unterschied der Fraktion die Ursache des ersteinen Tilsit erkennen und danach ihre weitere Politik einrichten.

Luftangriff auf Neapel.

Berlin, 12. März. (Amtlich.) Marine-Luftstreitkräfte haben in der Nacht vom 10. zum 11. März die Hafenanlagen und militärischen Einrichtungen von Neapel sowie die Eisenwerke von Magnoli ausgiebig und wirkungsvoll mit Bomben belegt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Neapel, 12. März. Die Gesamtzahl der bisher festgestellten Opfer des feindlichen Fliegerangriffs in der Nacht vom 11. März beträgt 16 Tote und 40 Verletzte. Die Blätter in Rom verurteilen das neue Unternehmen des Feindes in starken Worten. Das Giornale d'Italia befürwortet Vergeltungsmaßregeln zu ergreifen.

•

Indianer an der Westfront. New York Herald meldet, daß 5000 Indianer in die amerikanische Armee eingestellt worden seien.

Vom Seeadler. Die Times meldet aus Valparaiso: Die chilenischen Behörden haben die Waffen der Besatzung des Seeadlers beschlagnahmt. Die Besatzung selbst wird als Schiffbrüchige betrachtet und nicht interniert werden.

Serbien. Nach Pariser Meldungen wurde in Korfu ein neues Kabinett Pasitsch gebildet, dessen Aufgabe die Fortsetzung des Krieges für Serbien ist.

Japan und Sibirien.

Die Kriegspresse der Ententeländer meldet, der japanische Einmarsch in Sibirien sei sicher und bald bevorstehend. In Wladiwostok sollen die russischen Gouvernementsgebäude bereits durch japanische Matrosen besetzt sein. Die Konsuln der Alliierten in Wladiwostok richten ein Ultimatum an die Ortsbehörden, in dem sie die Wiederherstellung des vor der Herrschaft der Bolschewiki bestehenden Regierungssystems forderten, sowie den Schutz der Untertanen der alliierten Länder gegen die Einmischung der lokalen Verwaltung verlangten.

Der amerikanische Senat erhebt Einspruch! Daily Telegraph meldet aus Neuyork: Der Senat nahm in einer Entschließung an den Präsidenten Stellung gegen eine Besetzung Sibiriens durch Japan. Die weitergehenden Anträge der kalifornischen Senatoren, die eine befristete Erklärung Japans herbeiführen sollten, wurden nicht angenommen.

Friedenskundgebungen.

Friedenskundgebungen französischer Arbeiter. Von der Tribüne an den wichtigsten Stellen unterbrochene Mitteilungen der Pariser sozialistischen Presse berichten von großen Arbeiterversammlungen in Paris und Umgebung, die im Laufe des Februar und Anfang März stattfanden. In ihnen wurde neben berufsständischen Fragen auch die Notwendigkeit unverzüglichen Friedensschlusses auf der Grundlage der Völkerverständigung verhandelt. Erwähnt wird eine Versammlung der Arbeiter in der Fabrik Blum und Latil, die sich die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses von Clermont-Ferrand zu eigen machte und einen Druck auf Parlament und Regierung zum raschen Friedensschluß forderte. Große Versammlungen vereinigten ferner die Arbeiterschaft der Flugzeugwerke in Suresnes, die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kellermann-Werke, die Arbeiterschaft sämtlicher Flugzeugwerkstätten des 15. Pariser Arrondissements, die Angehörigen der Pariser Schloßergewerkschaft, die Munitionsarbeiter von Argenteuil und Clichy.

Kamenew wird der Stimmung in der englischen Arbeiterschaft. Aus Stockholm wird gemeldet: „Die russischen Maximalisten Kamenew und Zahlhierd, die zu Gesandten in Paris und Bern ernannt werden sollten, die aber in England wieder kehrt machten, weil sie keine Pässe zur Weiterfahrt bekamen, sprachen sich über die Stimmungen der englischen Arbeiter dahin aus, die englische Regierung von Revolutionsangst ergriffen sei, und daß es unter den Arbeitern und vor allem in den großen Industriezentren lebhaft gäre. Das Zentrum der Bewegung liege im Clydedistrikt. Wenn die Revolution nicht früher ausbreche, werde sie keinesfalls nach Kriegsschluß ausbleiben."

Ueber eine Aktion der Neutralen wird wieder folgende Meldung verbreitet: „Verschiedene Pariser Blätter verzeichnen erneut das Gerücht über eine angeblich bevorstehende oder schon eingeleitete neutrale Vermittlungsaktion zur Herbeiführung von Verhandlungen zwischen den kriegführenden Staaten im Sinne eines Versöhnungsfriedens, bevor noch die Kämpfenden die letzte Waffenentscheidung wagen. Der Matin will wissen, daß der Vatikan in den letzten Tagen Vermittlungsschritte dieser Art in Washington unternommen habe. Andere Blätter sprechen von der Möglichkeit einer Friedensaktion des schweizerischen Bundesrats." — Es wäre zu wünschen, daß diese Gerüchte wenigstens den Hoffnungen der Pariser Presse entsprächen, wenn sie auch als Tatsachen keine Bedeutung haben.

Politische Uebersicht.

Mehrheitsparteien und Kreditvorlage.

Berlin, 13. März. Dienstag nachmittag fand eine interfraktionelle Besprechung der Mehrheitsparteien des Reichstages statt. Abends wurden die Parteiführer unter dem Präsidium des Reichstages vom Reichskanzler empfangen. Es handelte sich um die Ostfragen, ferner um die neue Kreditvorlage und die bevorstehende Kriegsanleihe.

Eine weitere Meldung besagt: Bei den Besprechungen, zu denen auch Generalfeldmarschall v. Hindenburg in Berlin weilte, dürfte es sich in erster Linie um Erörterung von Fragen handeln bezw. gehandelt haben, die mit dem Friedensschluß mit Rußland im Zusammenhang stehen. Auch dürfte das gegenwärtige Stadium der Friedensverhandlungen in Bukarest zu einer Aussprache der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung geführt haben. Der Präsident der finnischen Regierung Svinhufvud wurde von Hindenburg und vom Unterstaatssekretär von dem Bussche empfangen.

Berlin, 12. März. Der Aeltestenrat des Reichstages einigte sich heute bezüglich des Arbeitsplanes für die nächsten Tage dahin: Mittwoch und Donnerstag soll der am Dienstag nicht zur Erledigung kommende Rest der Tagesordnung durchberaten werden, dazu der Gesetzentwurf betreffend Kriegszuschläge zu den Gerichtskosten in erster Lesung. Ob die Kreditvorlage, wie es von einer Seite gewünscht wurde, am Freitag, oder wie von anderer Seite gewünscht wurde, erst in der nächsten Woche zur Beratung gestellt werden wird, wird der Aeltestenrat am Donnerstag entscheiden. Der Sonnabend soll sitzungsfrei bleiben, damit der Hauptausschuß die kurländische und die livländische Frage erörtern kann.

Noch ein weiteres Jahr Dreiklassenhaus!

Berlin, 12. März. Dem Abgeordnetenhause ist ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach die mit dem 11. Juni 1918 ablaufende Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses um ein Jahr verlängert werden soll. Die Begründung besagt:

„Die Legislaturperiode des am 3. Juni 1918 gewählten und am 12. Juni zusammengetretenen Hauses der Abgeordneten läuft mit dem 11. Juni 1918 ab. Die Vornahme allgemeiner Wahlen während des Krieges erscheint schon in Rücksicht auf die Millionen im Felde stehender Wähler ausgeschlossen. Auch wenn der Krieg bis zu diesem Zeitpunkte beendet sein würde, würde die Durchführung der Demobilisierung noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Der Entwurf sieht daher nach dem Vorbilde der Reichsgesetze vom 16. Oktober 1916 und vom 23. Juli 1917 eine Verlängerung der Legislaturperiode um ein Jahr vor."

Neuorientierung in Baden.

Im badischen Landtag hat man im Geiste der Neuorientierungspolitik auch Anträge zur Schulreform eingebracht. Für die Volksschule, deren Unterricht unentgeltlich ist, soll auch die Gewährung freier Lernmittel gesetzlich eingeführt werden. Nun läßt das Ministerium durch Umfragen bei den Städten feststellen, wie man dort über dieses Vorhaben denkt. In der Schulkommission der Stadt Offenburg ist die Gewährung der Lernmittelfreiheit zur Sprache gebracht worden, wie vor etlichen Jahren, wo man die Auslage auf eine 5000 Mark berechnete. Indessen sind dort an einem großen Teil der Volksschüler auf die Bitte der Eltern die Bücher und Hefte unentgeltlich abgegeben worden. Man sollte nun erwarten, daß nun die Anregung der Landtagsanträge zur gesetzmäßigen Gleichstellung aller Schulkinder führen müßte. Aber der Oberbürgermeister erklärte sich gegen diese grundsätzliche Behandlung und fand die Zustimmung der Lehrer, Geistlichen und Vertreter aller bürgerlichen Parteien. Auch die demokratischen Kommissionsmitglieder stimmten dagegen. Befürwortet wurde diese Reform der Volksschule nur von den drei sozialdemokratischen Vertretern in der Offenburger Schulkommission. Das wird in den meisten Städten der Fall sein. Es ist also mit dieser Neuorientierung eine eigene Sache.

Gewinnpraktiken mit der Heeresverwaltung.

Ein Fabrikant Gerhard Z. hatte im Jahre 1915 einen großen Posten Decken abzugeben, den sich ein Händler M. auf Grund seiner guten Beziehungen sofort bei der Heeresverwaltung unterzubringen erbot. Z. gab dem Händler die Decken mit 8,40 Mk. pro Stück, was er beim Verkauf mehr erzielte, sollte er behalten können. Der Fabrikant rechnete damit, daß M. mit einem kleinen Aufschlag auf die Decke begnügen würde. Statt dessen verkaufte dieser den Posten mit einem Aufschlag von 2,35 Mark, was einen Zwischengewinn von 42 000 Mark bedeutete. Da M. wußte, daß die Heeresverwaltung nur vom Fabrikanten kaufen würde, hatte er den Trick angewandt, sich als Vertreter des Fabrikanten auszugeben. Als der Fabrikant von den Manipulationen des Händlers hörte, trat er vor dem Geschäft zurück, da er einen derartigen Zwischengewinn nicht verantworten zu können glaubte. Der sich geschädigt fühlende Händler klagte nunmehr gegen Z. auf Zahlung des ihm entgangenen Gewinns von 42 000 Mark, wurde aber in allen Instanzen abgewiesen. Das Kammergericht begründet die Abweisung u. a.: Der Beklagte habe mit dem Rücktritt vom Kaufvertrage nur folgerichtig gehandelt, denn der Vertrag verstieß gegen die guten Sitten. M. habe sich in das Geschäft hineingedrängt, um die Volksgesamtheit um den beträchtlichen Zwischengewinn zu schädigen. Irgendwelche wirtschaftlich wertvolle Leistung des Klägers käme nicht in Betracht. Eine derartige, alle Grenzen der Mäßigkeit übersteigende Ausbeutung widerspreche dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden.

Dieser Prozeß wirft nicht nur ein bezeichnendes Licht auf die Geschäftstüchtigkeit gewisser Armeelieferanten, sondern er zeigt auch, wie manchmal mit den öffentlichen Geldern gewirtschaftet wird. Es wäre jedenfalls interessant zu erfahren, welche Stelle der Heeresverwaltung es gewesen ist, die dem Händler M. für seine Decken einen Preis zu zahlen bereit war, der nach dem Urteil des Kammergerichts „alle Grenzen der Mäßigkeit überstieg" und „dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden" widersprach

Arbeiterrechte und Kriegselend.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

125. Sitzung. Dienstag, den 12. März, vormittags 11 Uhr.

Der Etat für Handel und Gewerbe.

Abg. Roetger (Kons.): Für die weltwirtschaftlichen Fragen bleiben wir auf den Westen angewiesen. Wir brauchen einen deutschen Frieden, sonst schließt uns England von dem Weltmarkt ab mit Hilfe Amerikas. Das Kapital in unserer Industrie muß in deutscher Hand bleiben. Als Beweis, wie großartig sich unsere Industrie entwickelt hat, führe ich an: 1900 führten wir für 188 Millionen Mark Maschinen aus, 1913 für 578 Millionen. (Hört, hört!) England 1900 für 499 Millionen, 1913 für 674 Millionen. (Hört, hört!) Das ist das hohe Lied der deutschen technischen Intelligenz. **Nach dem Kriege brauchen wir einen wirklichen Burgfrieden, er wird aber gefährdet, wenn § 153 der Gewerbeordnung aufgehoben wird.** Die Arbeiter dürfen gegenüber dem Terror nicht schutzlos gemacht werden. (Unruhe b. d. Soz.)

Abg. Dr. Beil (Zentr.): **Weg mit allem Staatssozialismus im Frieden!** Nur so können wir die großen Aufgaben lösen.

Abg. Dr. v. Wohna (Freikons.): Ich freue mich über die **Kriegsfreudigkeit des Vorredners,** die eine **bemerkenswerte Aenderung in der Haltung des Zentrums bezeichnet.** (Hört, hört!) **Der Zwangssozialismus hat abgewirtschaftet.** Durch die sozialdemokratische Vertretung der Arbeiterinteressen werden leider viele Arbeiter, die gar nicht zur Sozialdemokratie neigen, ihr zugeführt. **Der deutsche Geist wird schließlich auch die Sozialdemokratie wieder in die Bahnen menschlicher Entwicklung führen.**

Abg. Hue (Soz.):

In dass sog. „Uebergangsparlament" sind Vertreter der Großindustrie, des Handels, Handwerks und der Landwirtschaft, **aber kein einziger Arbeiter- und Angestelltenvertreter berufen worden.** (Hört, hört! links.) Die Widerstände, denen das zuzuschreiben ist, **wurden im preußischen Handelsministerium unterstützt.** So steht's bei uns mit der Neuorientierung! **Das ganze Schimpfen auf den „Kriegssozialismus" ist eine Irreführung der öffentlichen Meinung.** In Wahrheit sind die Kriegsgesellschaften usw. **privatkapitalistische Vertretungen** mit einer gewissen staatlichen Aufsicht! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Konzessions-Schulze oder „Müller ist so selten, daß er völlig einflußlos bleibt.

Mit Sozialismus hat diese ganze Preistreiberei und Volksaussaugung nicht das Mindeste zu tun, es ist reinster Kapitalismus.

Was ist der Fall Daimler anderes als eine Folge der von uns oft gekennzeichneten Profitsucht, die über Leichen geht? Arbeiter und Arbeiterinnen sitzen wegen unbesonnener Worte hinter Schloß und Riegel, aber die Heeresverwaltung ist nicht imstande, diese Generaldirektionen zur Befolgung der gemeinschaftlichen Gebote zu zwingen und die vorgekommenen betrügerischen und landesverräterischen Manöver werden gar noch vor einem Teil der deutschen Presse, so der Deutschen Zeitung verteidigt! (Lebh. Hört, hört! links.) Wenn man die immer weiter steigenden ungeheuren Gewinne der Sprengstoffwerke sieht, begreift man den nationallibelalen Ausruf: „Wo sind unsere Millionen geblieben?" Und der Fall des Wohltäters v. Behr-Pinnow und die geflickten Granaten:

das alles ist der Gegenwartsstaat,

nicht der sozialistische. General Gröner, der eine Denkschrift über den Lieferungsschwindel ausgearbeitet hatte, wurde gegangen! (Hört, hört!) Die Ausbeuterung des Publikums ist nirgends so unglaublich wie in Berlin, am Sitz der höchsten Behörden. **Die Verbrechen häufen sich gewaltig** — täglich werden 500 Diebstähle in Berlin bei den Versicherungsgesellschaften angemeldet.

Statt in Rußland auf „Ordnung" zu sehen, sollte man sie erst bei uns machen! Uebrigens machen sich die Diebe und Räuber auch nur die Konjunktur zunutze, sie sagen sich: Wenn alles raubt und stiehlt! — Sie alle wissen, daß der Krieg die Menschen demoralisiert hat. **Wer nicht die Schleichhandels-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180313-15/fragment/page=0002

preise bezahlt, verhungert einfach. Und da liefern wir noch Lebensmittel nach Finnland?

(Hört, hört!) Nach den vom Abg. Roetger geröffneten Vorgängen nach dem Ukrainerfrieden haben wir geringe Hoffnung, daß bald ein allgemeiner Verständigungsfrieden uns von all diesen Schwierigkeiten befreit.

Wie lange, Herr Roetger, soll denn der Krieg noch dauern, bis Ihr deutscher Gewaltfriede erreicht ist, wieviele Hunderttausende sollen dafür noch fallen, wieviele Milliarden Kriegskosten noch erwachsen? Freilich, in Ihren Kreisen, Herr Roetger, mögen noch recht viele l. d. sein. Sie sprechen von Ausfuhr? Sollen uns diejenigen unsere Waren abkaufen, die wir erst mit einem deutschen Gewaltfrieden auf den Kopf hauen, wie wir es Rußland getan haben!

Wenn wir rasch wieder in die Weltwirtschaft hineinwachsen wollen, kann es nur durch den Verständigungsfrieden geschehen. Ich sehe kein baldiges Ende des Krieges, wenn nicht der Gewaltfriede von Brest-Litowsk durch eine schiedlich-friedliche Vereinbarung mit Rußland ersetzt wird.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Die Arbeiter fordern, bei den Friedensverhandlungen vertreten zu sein. Wie lange will man die Macht der Arbeiter noch mißbrauchen? Das arbeiterfeindliche terroristisch-unternehmerliche Ausnahmerecht des § 153 will Herr Roetger natürlich nicht aufheben lassen. Wer übt den Terror? Wie arbeitet der Stahlwerksverband gegen die ihm nicht beitretenden Werke? Regierungsrat Kestner hat in seinem Buch über „Organisationszwang" genug Material über den Unternehmerterror beigebracht. Ich bedaure nur, daß Herr Roetger für das freie Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter nicht schon schwärmte, als er noch Kruppdirektor war und jeder Arbeiter, der nur verdächtig wurde, organisiert zu sein, auf die Straße flog unter Zurückbehaltung selbst seiner lebreland gezahlten Beiträge für die Wohlfahrtskasse. (Hört, hört! bei den Soz.) Der katholische Pfarrer Engelbardt hat diese schandbare Behandlung kranker, schwacher Frauen in giftgasgefüllten, explosionsgefährlichen, von donnernden Lärm erfüllten Hallen geschildert. Wenn diese Leute schließlich verzweifelnd auf die Straße gehen und manche gar ins Zuchthaus kommen, so sind es wahrlich nicht Heber und Schürer, die sie hineingetrieben haben, sondern die Nachlässigkeit des Gesetzgebers. Es fehlt der ernste Wille zum Schutz des Kostbarsten, was wir haben. Bei all diesen Zuständen frage ich nur, wie lange noch? (Beifall bei den Soz.)

•

(Der Schluß des Berichts ist noch nicht eingetroffen — Verkehrsstörung!)

Aus der Partei.

Bezirksorganisation Magdeburg.

Für den Bezirk Magdeburg ist eine Bezirksleitung neugebildet worden, die zunächst die Kreise Jerichow I und II, Magdeburg, Wanzleben, Kalbe-Aschersleben und Halberstadt umfaßt. Sie tritt am 1. April in Wirksamkeit. Vorsitzender ist Alb. Vater, Magdeburg, Gr. Storchstr. 7, Kassierin Else Reimann, Magdeburg, Mittelstr. 50, H. I. IV., Schriftführer Oskar Schwirten, Magdeburg, Neue Straße 8.

Die Sozialdemokratie auf Island. Die Sozialdemokratie der einsamen Insel Island hat bei den kürzlich stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen einen großen Erfolg erzielt, indem sie in der Hauptstadt Reykjavik von den sieben Mandaten drei erobern konnte. Im isländischen Althing (Reichstag) hat die Sozialdemokratie einen Vertreter, einen Lehrer. Bei den nächsten Wahlen hofft die Partei aber mindestens 10 Mandate erobern zu können. Die Entwicklung der letzten Jahre auf Island war für das Gedeihen der Sozialdemokratie sehr günstig. Die isländische Sozialdemokratie ist ganz für Selbstverwaltung Islands, aber die alten Streitigkeiten über Flagge usw. interessieren in Wirklichkeit nur die ältere Generation. Es sind die sozialen Fragen, die auch auf Island sich in den Vordergrund drängen.

Aus der Provinz.

Die Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen hat mit dem Jahre 1917 ihr 79. Geschäftsjahr vollendet. Der Versicherungsbestand ist im Jahre 1917 um 216 Millionen Mark auf 2429 Millionen Mark, die Versicherungsbeiträge sind um 124 000 Mark auf 2 301 000 Mark gestiegen. An Schadenvergütungen waren 1 234 000 Mark zu zahlen. Von diesen Beträgen entfallen auf die Feuerversicherung 2259 Millionen Mark Versicherungsbestand, 2 277 000 Mark Versicherungsbeiträge und 1 255 000 Mark Schadenvergütungen, auf die seit dem Jahre 1914 betriebenen Nebenzweige — Versicherung gegen Einbruchsdiebstahl und Wasserleitungsschäden — 70 Millionen Mark Versicherungsbestand, 24 000 Mark Versicherungsbeiträge und 9000 Mark Schadenvergütungen. — Für öffentliche Zwecke, insbesondere zur Förderung der Feuersicherheit wurden 12 300 Mark aufgewendet. — Der Ueberschuß der Gesamteinnahmen über die Gesamtausgaben betrug bei der laufenden Verwaltung 1 168 000 Mark. Das Vermögen erreichte am Jahresschlusse die Höhe von rund 14,4 Millionen Mark, wovon 13,8 Millionen Mark auf den Sicherheitsfonds entfallen.

Der Landtag der Provinz Sachsen ist zum 5. Mai dieses Jahres nach Merseburg einberufen worden. Die Eröffnung des Provinziallandtages wird an diesem Tage mittags 12 Uhr im Merseburger Ständehause erfolgen.

Merseburg. Die Zahlstelle Merseburg des Zentralverbandes der Zimmerer hielt am 8. März im Tivoli eine außerordentliche Versammlung ab, die gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man durch Erheben von den Plätzen das Andenken der gefallenen, verstorbenen und verunglückten Kameraden Diemann, Andrae und Schild. Ueber die Verhandlungen vor dem Reichswirtschaftsamt in Berlin gab der anwesende Hauptvorsitzende des Verbandes, Kamerad Schrader, einen Bericht. Schrader ging an der Hand der Akten über den schwebenden Lohnstreit mit der Direktion der Leunawerke scharf ins Gericht; es stehe wohl richtig da, daß eine einmal bewilligte Lohnzulage wieder zurückgezogen werden könne in einer Zeit, wo alle Lebensbedürfnisse und Haushalt enorm teuer sind und die Warenpreise immer noch steigen. Wenn zwar die Verbandlungs-Instanzen sich an die Seite der Werksleitung gestellt, so ist keineswegs der Fall, daß diese im Rechte sei, den Lohn zu kürzen. Man habe am 22. August 1917 nicht darum denken können, nachdem die 15 Pf. sogen. Werkszulage zirka fünf Monate gezahlt sind, es fertig zu bringen, diese rückzuzahlen zu machen. Daß man keinen Abschluß in diesem Lohnstreit zustande bringen ist begreiflich, denn die Zimmerleute lassen sich diese Lohnverschlechterungen nicht ruhig gefallen. — Das bewies auch die anschließende Aussprache über diesen Punkt; hier wurde scharf hervorgehoben, daß Zentral- und Geschäftsleitung es versäumt hätten, zur Zeit, wo uns die Lohnkürzung diktiert wurde, die energischsten Maßnahmen zu ergreifen. Nachdem der Arbeiterausschuß mit seinem Antrag von der Werksleitung abgewiesen, hätte man handeln müssen. Der bestehende Zustand habe die Arbeiter rechtlos gemacht, die Unternehmer dagegen gesichert. Die Organisation des Bauberufs der Zimmerer und Bauarbeiter sind nun zum Trost an den Arbeitgebertarifvertrag verwiesen, um die angezeigte Kürzung der letzten 5 Pf. abzuwenden, so daß ab 1. April der Lohnsatz auf 1,10 Mk. steigt. Darüber sollen Verhandlungen stattfinden, wieviel diese unnötig wären, wenn die Werksleitung diese Kürzung nicht vornähme. Ein in dem Sinne gestellter Antrag fand auch nicht eine einzige Stimme dafür.

Unter Verbandsangelegenheiten wurde die Beitragszahlung einer Aussprache unterzogen. Der Vorstand ist der Meinung, daß der Beitrag an die Zentralkasse statutengemäß abgeführt wird. Der Hauptvorsitzende bemängelte die Haltung der Zahlstelle, indem doch die größeren Zahlstellen hauptsächlich die Unkosten für die Mittel der Hauptverwaltung aufbringen müßten, und wie es hier liege, infolge der im Bezirk entstandenen Kriegsbauten die Zahlstelle Merseburg erst groß geworden sei und es auch nicht nötig sei, mit hohen Lokalüberschüssen zu rechnen. Die örtlichen Ausgaben für die Geschäftsleitung der Zahlstelle könne die Zahlstelle selbst tragen, da wäre Geld genug da. Dem ist entgegenzuhalten, daß es ein Irrtum ist, wenn der Zentralvorstand annimmt, man sorge nur für den Aufstieg der Zahlstelle deswegen, um viel Geld am Orte zu behalten, sondern das allgemeine Bestreben ist, die Organisation des Gesamtverbandes zu fördern. Der Beweis dafür ist doch dadurch erbracht, daß im letzten Halbjahr zirka 450 Beitritte und 125 Anmeldungen von reklamierten früheren Mitgliedern erzielt worden sind. Wenn alle diejenigen die hier als Mitglieder gewonnen, nach Rückkehr in ihre Heimat im unserem Sinne weiterwirken, so hat doch der ganze Verband den Nutzen. Dem Antrag des Vorstandes, die zulässigen Marken bei der Zentralkasse zu bestellen, wurde nicht Folge gegeben, indem weder dafür noch dagegen gestimmt wurde. — Dann wurde scharfe Kritik geübt über die Berliner Firma Brandt auf dem Leunawerk, die ihren Arbeitern Quartiergeld pro Tag 25 Pf. abzieht. — Es wird ferner darauf verwiesen, daß das 1. Quartal am 24. März abschließt und die vier Beitragsmarken von jedem Mitglied bis dahin entnommen sein sollen, damit die Abrechnung sich nicht verzögert.

— Die letzte Stadtverordnetensitzung beriet u. a. auch die städtischen Haushaltspläne. Aus der Beratung sei mitgeteilt, daß das städtische Krankenhaus mit 221 000 Mk. Einnahmen und Ausgaben rechnet und erstmals ohne Zuschuß auskommt, gegen 11 000 Mk. im Vorjahre. Das Armenamt erfordert 45 700 Mk. Zuschuß. Die Verpflegungsausgaben sind dadurch wesentlich niedriger geworden, daß die Insassen der Hospitäler seit kurzer Zeit auf der Volksküche beköstigt werden. Die Ersparnis beträgt 2000 Mk. Die Polizeiverwaltung erfordert 58 700 Mk. Zuschuß, die Feuerwehr 2300 Mark. Die Grundeigentumsverwaltung ergibt 51 000 Mark Ueberschuß.

— Des Geflügeldiebstahls verdächtig. Verhaftet wurden heute vormittag drei jugendliche Arbeiter von hier, die beschuldigt und überführt worden sind, in letzter Zeit in den umliegenden Ortschaften Geflügeldiebstähle verübt zu haben. Sie wurden dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt.

— Ein Anschlag auf die Merseburg-Michelner Ueberlandbahn? Bei Station Lützendorf der Merseburg-Michelner Kernbahn ereignete sich Montag abend kurz nach 7 Uhr ein Unfall, der leicht zu sehr schlimmen Folgen hätte führen können. Der ankommende, aus besetzte Wagen blieb von Lützendorf in der Nähe der Weiche mit einem gewaltigen Ruck stehen, entgleiste und kam quer über die Schienen zu liegen. Als Ursache des Unfalls entdeckte man ein in die Schienen gelegtes großes Stück Eisen, das so raffiniert angebracht war, daß seine Entfernung nur mit größter Mühe und erst nach längerer Zeit möglich war. Der Verdacht auf der für einige Stunden gesperrten Strecke mußte durch besondere Wagen aufrechterhalten werden. Nach Lage der Sache kann es keinem Zweifel unterliegen, daß hier ein beabsichtigter Anschlag vorliegt.

— Die Verteilung von Baumwollnähfäden an die Haushaltungen wird in einer Bekanntmachung des Magistrats wie folgt geregelt: Haushalte bis 4 Personen erhalten eine Rolle, Haushalte von 5 und mehr Personen zwei Rollen. Die Anmeldung hat gegen Abgabe des Bezugscheines Nr. 98 bis spätestens Donnerstag abend in den einschlägigen Geschäften, die sich schon bisher mit dem Verkauf von Nähfäden befaßt haben, zu erfolgen. Besonders werden die Geschäftsinhaber darauf aufmerksam gemacht, daß bezugsberechtigt nur Haushaltungen sind, die in der Stadt Merseburg ihren Wohnsitz haben. Die Inhaber von Lebensmittelheften aus den an die Lebensmittelversorgung angeschlossenen Ortschaften haben ihren Bedarf bei ihrem Gemeindevorsteher anzumelden. — Verarbeiter und Anstalten erhalten für ihre Betriebe in den nächsten Tagen besondere Bezugberechtigungen.

Sangerhausen. Tot aufgefunden wurde am Sonntag morgen in einem hiesigen Gasthause der Hofschauspieler Oskar aus Weimar. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Artern. Die Militärpapiere bringen es an den Tag! Am 3. März, nachts in der zweiten Stunde statteten Einbrecher dem Getreidespeicher des Amtmanns Böwing auf Vorwerk Kalstadt einen Besuch ab und stahlen drei Zentner Weizen, 1½ Zentner Gerste und 1½ Zentner Erbsen. Die Gerste und die Erbsen nahmen sie auf einem mitgebrachten Handwagen mit fort; die drei Zentner Weizen verstreuten sie einstweilen etwa 50 Meter vom Speicher entfernt im Lande, um sie in der nächsten Nacht abzuholen. Dazu kamen sie aber nicht, denn der Weizen wurde am andern Morgen von Arbeitsleuten gefunden. Man hätte von den Einbrechern keine Ahnung gehabt, wenn nicht einer von ihnen bei der emsigen lichtscheuen Arbeit seine Brieftappe mit dem Bilde seiner Frau und mit seinen Militärpapieren verloren hätte. Da diese wichtigen Dokumente am andern Morgen von den Herren Bruch und Bellermann bei der Untersuchung des Einbruchs gefunden wurden, war es ein Leichtes, den einen Verbrecher zu fassen: es war der zurzeit sich auf Urlaub befindliche Soldat Worch aus Nitzburg. Er wurde festgenommen und nach Sangerhausen gebracht.

Delitzsch. Die leichtsinnige Spielerei mit Schußwaffen hat am Montag hier wieder ein junges Menschenleben als Opfer gefordert. Im Hause Grünstraße 37 a spielten in den ersten Nachmittagsstunden die beiden 14½jährigen Knaben Kurt Ullrich und Willi Töpfer in der Wohnung Ullrichs mit einem auf dem Schrank frei herumliegenden Browning, den der Vater des U. nebst Munition aus dem Felde mitgebracht hatte. U. hat den Browning nun mit einer Patrone geladen, will aber dann diesen gesichert haben. Er geht aus der Stube heraus, und in seiner Abwesenheit muß sich nun nach den Angaben Ullrichs der Töpfer mit dem Browning beschäftigt und ihn entsichert haben. Ahnungslos nimmt Ullrich den Revolver in die Hand, zielt auf den Töpfer, drückt los und dieser fällt durchs linke Auge geschossen tot nieder. Der von Ullrich geistesgegenwärtig sofort herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod feststellen.

Riethnordhausen. Eine Menge Fleischwaren erbeuteten Diebe bei einem Einbruche bei der Witwe Wilhelmine Hartenhauer. Sie stiegen durch das Hoffenster ein, gingen in die Stube und von da in die Räucherkammer und fanden gute Beute: sie ließen 2 Speckseiten, 30 Bratwürste, 15 Rotwürste und einen Schinken mitgehen und stahlen in der Wohnstube auch noch eine Taschenuhr. Als die Bestohlene, eine arme Frau, die von dem Geschlachteten nun lange Zeit leben wollte, am anderen Morgen aufstand, sah sie zu ihrem Schrecken Haustür, Hoftür, Fenster und die Tür zur Räucherkammer weit offen stehen und die Schmutzstapfen der Spitzbuben in der Wohnstube. Der Wert des Gestohlenen ist auf 200 Mk. berechnet. Die Gendarmerie wurde sofort verständigt und hat die Sache in die Hand genommen. Es liegt vorläufig keinerlei Verdacht vor.

Bitterfeld. Die Auszahlung der Reichsunterstützung an die Kriegerfrauen erfolgt in der Reihenfolge der Staatslistennummer der Unterstützungskarte. Die Unterstützungen werden gezahlt: Donnerstag, d. 14. März, auf die Staatslisten-Nrn. 601 bis 1200, Freitag, d. 15. März, auf die Staatslisten-Nrn. 1201 u. höher in der Stadthauptkasse, Rathaus, 1. Stockwerk, Zimmer 5, vormittags von 8 bis 12 Uhr.

— Die weitere Ausgabe der Fleisch-, Kartoffel- und Eierkarten erfolgt Donnerstag und Freitag im Döringschen Konzerthause, Kaiserstraße 67, und zwar am Donnerstag, den 14. d. M., von 8 bis 3 Uhr, für die Straßen der Buchstaben A bis K. Freitag, den 15. d. M., von 8 bis 3 Uhr, für die Straßen der Buchstaben L bis Z. Die Abholung der Karten hat gegen Vorlegung der Brotscheine durch den Hauswirt oder eine von ihm beauftragte erwachsene Person für sämtliche Hausbewohner zusammen zu erfolgen.

Liebenwerda. Die kleinen Hamster fängt man... Gelegentlich einer polizeilichen Revision des Reisegepäcks der Fahrtteilnehmer auf hiesigem Bahnhof konnten zwei Hamsterinnen gefaßt werden. Die eine stammte aus Berlin und führte ½ Zentner Kartoffeln bei sich, die andere, der 5 Stückchen Butter, Eier usw. abgenommen werden konnten, aus Oberröblingen. Bei einigen weiteren Frauen aus hiesiger Gegend lag ebenfalls Verdacht vor, weil sie sich bei der Ankunft der Beamten versteckten, doch konnte ihnen nichts nachgewiesen werden; allem Anschein nach hatten sie die verbotenen Sachen vorher beiseite geschafft.

Allerlei.

Die Raubzüge in Groß-Berlin.

Die beängstigende Zunahme der räuberischen Ueberfälle und Einbrüche in Groß-Berlin hat Beunruhigung erregt. Einem Mitarbeiter des B. T. gab man im Polizeipräsidium folgenden Aufschluß über die Verhältnisse: „Die Lage der Berliner Kriminalpolizei und der Schutzmannschaft ist äußerst schwierig. Etwa 3000 Schutzleute sind im Laufe des Krieges zum Heeresdienst eingefordert worden. Die mangelnde Aufsicht begünstigt die Zunahme der Kriminalfälle. Genau wie nach dem Krieg 1870 steht es auch heute. Damals nahmen die Verbrechen stark zu. Jetzt ist es noch schlimmer geworden, da sich eine große Anzahl lichtscheuer Elemente, darunter nicht zum Heeresdienste taugliche Zuchthäusler und Fahnenflüchtige in Berlin herumtreiben. Die Polizei versucht sich derart zu helfen, daß sie den Tagdienst schwächer, den Nachtdienst aber stärker besetzt und in den belebtesten Geschäftsgegenden doppelte Wachen aufstellt. Die schlechte Straßenbeleuchtung ist natürlich sehr förderlich für die Verbrecher und hindernd für die Beamten. Die Aufsicht über die Jugendlichen ist nur gering, so daß auch die jüngeren Altersklassen die Polizei viel beschäftigen. Die Wächter in den Geschäften sind alte Leute, die den Einbrechern und Dieben gegenüber machtlos sind und die Schubleute kaum entlasten."

Ein Musterfall des Kettenhandels.

Auf 87 200 Mark Geldstrafe erkannte das Schöffengericht Berlin-Mitte in einer Anklagesache wegen Höchstpreisüberschreitung, Kriegswuchers und Kettenhandels mit Seife. Die Anklage richtete sich gegen die Kaufleute Emil Kurth, Johannes Knüppel, Johannes Neumann, Louis Gottschalk und Fritz Sprung. Auf Veranlassung eines Kölner Seifengroßhändlers hatte Knüppel diesem den Angeklagten Neumann als Abnehmer genannt, der dann etwa 780 Dutzend Stück Seife von ihm kaufte. Als Kaufpreis wurden je 29,50 bezw. 30 Mark gezahlt, was im ganzen einer Höchstpreisüberschreitung von etwa 15 000 Mark entsprach, da der vorgeschriebene Höchstpreis nur 10 Mk. für das Kilo Toiletteneife beträgt. Neumann verkaufte die Toiletteneife an Kurth für 27 bezw. 33,50 Mk. das Dutzend und überschritt demzufolge den Höchstpreis seinerseits um etwa 18 000 Mk., so daß jetzt die bisherige gesamte Höchstpreisüberschreitung bereits gegen 33 000 Mk. betrug. Kurth versuchte dann die Seife an einen Direktor L., den er für einen Einkäufer der Schwerindustrie hielt, für 31 bezw. 35 Mk. das Dutzend abzusetzen, was wiederum eine in die Zehntausende gehende Ueberschreitung zur Folge hatte. Dies Geschäft kam jedoch nicht zustande, da der Direktor Anzeige beim Kriegswucheramt machte. Kurth wurde außerdem noch eine Höchstpreisüberschreitung bei einem Geschäft mit 1600 Stück Kernseife zur Last gelegt. Diese zu 2,70 Mk. das Stück eingekaufte Seife hat er für 3 Mk. dem Gottschalk angeboten, der sie dem Sprung für 3,90 Mk. gleich weiter anbot. Sprung schließlich bot sie wieder dem Direktor L. für 4 Mk. an. Das Gericht sprach Knüppel frei. Kurth wurde zu 41 000 Mk., Neumann zu 32 000 Mk., Gottschalk zu 10 000 Mk. und Sprung zu 4200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Im Nichtbeitreibungsfalle wurden gegen die beiden ersten Gefängnisstrafen im Höchstbetrage von fünf bezw. drei Jahren festgesetzt, doch sollen sie der Begnadigung empfohlen werden.

Strafen wegen Goldhandels. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatten sich der Händler Samuel Tannenbaum und dessen Sohn, der Händler Siegmund T., zu verantworten. Sie kauften Gold mit 50—60 Mk. für das Zwanzigmarkstück. In der Wohnung der Angeklagten fanden die Beamten auf dem Sims über der Tür versteckt 750 Mk. in Silber und 550 Mk. in Goldstücken. Das Gericht erkannte gegen Samuel Tannenbaum auf sechs Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, gegen Siegmund T. auf vier Monate Gefängnis, außerdem wurde das beschlagnahmte Goldgeld als dem Staate verfallen erklärt.

Eine eierlegende Frau wurde dieser Tage — so berichtet die Presse aus Pößneck — auf einem benachbarten Bahnhof mitten in ihrer menschenfreundlichen Tätigkeit beobachtet. Ob die Frau eine erfolgreiche Hamsterfahrt hinter sich hatte, die erlangten Eier in der Klammertasche „unterrichtlich" versteckt und nun infolge des normalbeiten Kriegszwirns das Band abgerissen war, oder ob irgendwelche anderen Umstände die Frau zu dieser produktiven Tätigkeit befähigten: jedenfalls wurde in rascher Folge bei jedem Schritt auf dem Bahnsteige ein Ei „gelegt". Das Gackern besorgten die Umstehenden. Der Frau soll eine ziemliche Summe für die Preisgabe ihres Betriebsgeheimnisses geboten worden sein.

Das „Kind". Aus Breden (Kreis. Münster) wird geschrieben: In letzter Minute erschien auf dem hiesigen Bahnhofe eine biedere Frau mit drei Kindern, von denen sie eines auf dem Arme trug. Der den Frühzug revidierende Wachtmeister entdeckte in ihrem Handkorbe 150 Eier. Als erfahrener Hamsterjäger fragt er aber auch, was die Frau da auf dem Arme habe. Dabei griff er selber zu und — er hat mal wieder recht gehabt — das Kind entpuppte sich als ein prächtiger Schinken.

Mittel gegen die Auswanderung. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden verschiedene Gegenden von Mecklenburg von einem immer weiter um sich greifenden Auswanderungsfieber ergriffen. Eines Tages fragte ein Amtmann einen Dorfschulzen, welche Mittel man wohl anwenden könnte, um die Auswanderung nach Amerika zu hindern. „Dat geiht ganz lieat," entgegnete der Schulze, „fetten Se man ins Blitt, dat Amerika mecklenbörgisch geworden is, da geiht keen Minsch mehr nüber!"

Briefkasten der Redaktion.

W. M. 100. Nachdem Ihnen die Benutzung Ihres Fahrrades wieder freigegeben ist, halten wir es auch für angängig, daß Sie sich wieder einen Reifen kaufen.

Zur Konfirmation
kauft man
Uhren, Gold- und Silberwaren
am besten und äußerst preiswert bei
Amand Weiss, Halle, Kleinschmieden 6,
4248 gegenüber Alex Michel.
Eigene Reparaturwerkstätte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180313-15/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. ½8 Uhr. 4251

Gastspiel Blatzheim.

Heute zum letzten Male:

Familie Hannemann.

Neu! Donnerstag: Neu!

Infanterist Pflaume.

Ein heiteres Spiel aus der Jetztzeit von Max Neal und Max Ferner.

Kasse von 10—1½ und 4—6.

Wieder vergrößert! **Rannischestr. 7.** Kein Vergnügen!

Sonntags von früh an Konzert. Tel. 4170.

Eigene Konditorei. **Kaffee Knäusel** Probieren Sie meine feine Torte!

Täglich erstklassiges Konzert.

Eintritt frei!

4254

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule am Donnerstag den 14. März 1918.

Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 14 001—17 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 17 501—21 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für den Kopf eines Haushaltes wird ein Ei zum Preise von 33 Pf. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten. Umtausch nur innerhalb drei Tagen!

Halle, den 13. März 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Kaffee-Ersatz in der Talamtschule am Donnerstag den 14. März 1918.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 45 501—57 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 57 001—70 000 nachmittags von 2—6 Uhr.

Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund zum Preise von 75 Pfg. abgegeben werden.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereithalten.

Halle, den 13. März 1918. **Der Magistrat.**

Kaffee-Ersatzmittel.

Laut Verordnung über Kaffee-Ersatzmittel vom 16. November 1917 und Ergänzung vom 18. Dezember 1917 ist der Verkauf von Kaffee-Ersatzmitteln vom 16. März 1918 ab vorläufig einzustellen, bis neue Preise bekanntgegeben werden. Um einen Ueberblick über die im Groß- und Kleinhandel, sowie in den Fabrikbetrieben befindlichen Mengen an Kaffee-Ersatzmitteln zu gewinnen, werden die Groß- und Kleinhändler, sowie die Inhaber und Vorstände der Fabrikbetriebe hierdurch aufgefordert, bis zum 18. d. M. ihre am 15. d. M. vorhandenen Bestände an derartigen Kaffee-Ersatzmitteln schriftlich dem Stadternährungsamt, Marktplatz 22, Zimmer 11, anzuzeigen. Die Anzeigen haben zu enthalten: 1. Genaue Adresse des Besitzers; 2. Vorhandene Menge; 3. Aus welchen Rohstoffen hergestellt; 4. Wer ist der Hersteller oder Lieferer; 5. Datum der Lieferung. Nichtbefolgung dieser Aufforderung hat die gesetzlichen Strafen zur Folge.

Halle, den 12. März 1918. **Der Magistrat.**

Zusatzbrotmarken für Schwerarbeiter.

Da nur eine beschränkte Mehlmenge zur Ausgabe von Zusatzbrotmarken an Schwerarbeiter zur Verfügung steht und weiteren begründeten Anträgen auf Bewilligung von Zusatzbrotmarken entsprochen werden muß, kann nur solchen Anträgen auf Gewährung von Zusatzbrotmarken stattgegeben werden, denen gleichzeitig eine Bescheinigung der Arbeitgeber darüber beigefügt ist, ob und welche Arbeitnehmer in den betreffenden Betrieben ausgeschieden sind. Vordrucke zu Anzeigen über Kürzung von Zusatzbrotmarken sind in den städtischen Markenausgabestellen erhältlich. Die Anzeigen sind an den Magistrat — Kriegsbrotausschuß — neben den dem Stadternährungsamt einzureichenden Veränderungsanzeigen einzusenden.

Die Unterlassung der erwähnten Anzeigen ist auf Grund des § 6 unserer Verordnung vom 15. August 1917 strafbar.

Halle, den 9. März 1918. **Der Magistrat.**

Polizeiverordnung,
betreffend die Reinigung und Spülung der Trinkgefäße in den Gast- und Schankwirtschaften.

Auf Grund der §§ 5, 6, 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 143, 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird hiermit mit Zustimmung des Magistrats für den Umfang des Stadtkreises Halle a. d. S. was folgt verordnet:

§ 1. Gast- und Schankwirte sind dafür verantwortlich, daß die Trinkgefäße, in denen ihren Gästen Getränke vorgesetzt werden, sich in einem durchaus sauberen Zustande befinden.

§ 2. Die Trinkgefäße müssen zu diesem Zwecke täglich mindestens einmal, erforderlichenfalls wiederholt durch Abscheuern, Bürsten und Nachspülen gründlich gereinigt werden. Sobald sie sich im Gebrauch befinden, sind sie vor jeder neuen Füllung ordentlich zu spülen.

§ 3. Die Spülung muß entweder durch einen von der Polizeiverwaltung als zweckentsprechend anerkannten, stets sauber zu haltenden Apparat erfolgen, welcher die Trinkgefäße an allen Teilen von innen und außen mit fließendem, reinem Wasser benutzt, oder aber, sie muß in einem der Vorschrift des § 4 entsprechenden Spülgefäß bewirkt werden.

§ 4. Das Spülgefäß muß in seinen inneren Wandungen wenigstens eine Länge von 50 Zentimetern, eine Breite von 30 Zentimetern und eine Tiefe von 30 Zentimetern besitzen und mit einer Wasser-Einlauf-, Ueberlauf- und Ablaßvorrichtung versehen sein. Während der Spülung muß der Zufluß des reinen Wassers und der Abfluß des benutzten Wassers derartig geregelt sein, daß das Wasser im Spülgefäß stets vollkommen klar ist. Das Spülgefäß ist täglich wenigstens einmal durch Ausspülen und Ausscheuern gründlich zu reinigen. Ist in einer Schankhütte eine Zuleitung von fließendem Wasser nicht möglich, so kann die Polizeiverwaltung ausnahmsweise nachlassen, daß die Spülung der Trinkgefäße nicht mittels ständig fließenden Wassers zu geschehen braucht. Auch in solchen Fällen muß das zur Spülung benutzte Wasser jedoch klar gehalten und, sobald es anfängt sich zu trüben, durch frisches, reines Wasser ersetzt werden.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk., im Falle Unvermögens mit entsprechender Haft geahndet.

§ 6. Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1901 in Kraft.

Halle, den 20. August 1900. **Die Polizeiverwaltung.**

Nur noch heute und morgen!

Alte Promenade 11a. Fernruf 5736. **Leipzigerstrasse 88.** Fernruf 1224.

Gunnar Tolnaes in: **Die Spur der ersten Liebe.** Das Lebensbild einer Treulosen in 3 Akten.

Irmas Ehekontrakt. 4257 Lustspiel in 3 Akten.

Licht u. Finsternis. Lebensdrama in 4 Akten.

Hilde Wörner u. Leo Peukert in: **Baronin Kammerjungfer.** Lustspiel in 3 Akten.

Beginn in beiden Theatern 4 Uhr.

Auf vielseitigen Wunsch, ab 15. März nochmals wenige Tage.

Fernr. 5736. **Alte Promenade 11a.** Fernr. 5736.

Das Rätsel von Bangalor

Ein indischer Liebesroman in 5 Abteilungen.

Japanische Teehäuser und ihre Geheimnisse.
Die Pracht indischer Paläste.
Amerikanische Wolkenkratzer. 4256

I. Abteilung:
Ein mysteriöses Abenteuer e. schottischen Arztes im indischen Viertel von Bangalor.
Der englische Club von Bangalor. — Eine blonde Bajadere!? — Erkannt und doch zum Schweigen gezwungen. — Die Spur des Blutes.

II. Abteilung:
Fanatiker der Liebe und des Hasses.
Die brutale Macht eines indischen Fürsten.

III. Abteilung:
Die Jagd der Liebe rund um die Welt.
Der Inder auf der Spur. — Auf dem Dachgarten des Hotels Atlantic. — Die Deckenbeleuchtung des Varietees.

IV. Abteilung:
Die Geheimnisse japanischer Teehäuser und ihrer Insassen.
Die Sekte der Maharetten in Tokio. — Die Macht der Liebe ist stärker als alle Macht d. Welt. — In den Teehäusern v. Joshiwara.

V. Abteilung.
In den Händen japanischer Mädchenhändler.
Die blonde Geisha a. d. Schottenlande. — Ich will die Geisha kaufen. — Joshiwara i. Flammen. — Das Totenopfer d. verschmähten Liebe.

Durch **3 Weltteile.**

Vorführung: 300, 500, 700, 920

Ab Freitag, den 15. März:
Leipzigerstrasse 88. Fernruf 1224.

Der Letzte am Tatort 4258 Schauspiel in 4 Akten.

Arnold Rieck in: **Der unwiderstehliche Theodor.** Lustspiel in 3 Akten.

Apollo-Theater
Gastspiel Curt Olfers Operetten-Gesellschaft mit Gustav Bertram a. G.
Täglich abds. ½8 Uhr:
„Die Fahrt ins Glück". 4253
Operette in 3 Akten von Fr. Arnold u. E. Bach. Musik von Gilbert.
Vorverkauf eine Woche voraus, täglich 9—1 u. 5—½7.

Stadt-Theater Halle
Donnerstag, den 14. März 1918:
Zu Gunsten des Nationalen Frauendienstes.
Erstaufführung:
David.
Tragödie in 5 Aufzügen von Friedrich Sebrecht.
4260
Freitag, den 15. März 1918:
Iphigenie auf Tauris.

Wie werde ich verforgt?
bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung
Ein Merkbuch für jeden Krieger bis zum Feldwebel aufwärts.
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/44.

Bildung und Krieg.
Von Dr. Max Adler.
Preis 40 Pfg. Porto 3 Pfg.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/44.

Lohnbuch für das Jahr 1918 zu Steuerzwecken.
Als Grundlage f. Steuereinschätzungen für das Jahr 1919/20.
Zum Gebrauch für preußische Steuerzahler.
Preis 40 Pfg. Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung,** Halle (S.), Harz 42/44.

Woher kommt das Geld zum Kriege?
Von Julian Borchardt.
Preis 60 Pf. (Porto 5 Pf.)
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung** Halle, Harz 42-44.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf des der Stadt überwiesenen Grieses wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Donnerstag den 14. März 1918. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund verabfolgt werden. Der Verkaufspreis beträgt 32 Pf. für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Grieß einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 146 des Warenbezugscheines XIV zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken, zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, den 13. März 1918. **Der Magistrat.**

Seefischverkauf.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische (Cabliau) wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird am Donnerstag früh in den einschlägigen bekannten Geschäften fortgesetzt.

Für jede Person eines Haushaltes kann ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt für Cabliau groß, ohne Kopf, 2.00 M. und für Cabliau klein 1.15 M. für das Pfund.

Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugscheine Nr. 13, Abschn. Nr. 142. Zugelassen zum Einkauf sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 3501—15000. Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Abschnitte 142 des Warenbezugscheines 13 abzutrennen und zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Zimmer 11, binnen fünf Tagen abzuliefern.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 13. Februar 1918. **Der Magistrat.**

Ansichts-Postkarten
empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Tägliche Bedarfsartikel. 4230

Estragon-Essig in Flaschen gefüllt.

Speise-Salz	Pfund 11 Pfg.
Streckpfeffer	Paket 18 u. 23 Pfg.
Nelken	Paket 19 Pfg.
Thymian	Paket 19 Pfg.
Ei-Ersatz	Paket 11 u. 14 Pfg.
Cefanet-Backpulver	Paket 8 Pfg.
Dr. Oetkers Backpulver	Paket 14 Pfg.
Sinners Backpulver	Paket 14 Pfg.
Makronen	Paket 18 Pfg.
Schaum-Speise	Paket 43 u. 58 Pfg.
Gelee-Pulver	Paket 28 u. 33 Pfg.
Bittermandel- u. Zitronen-Aroma Flasche	34 Pfg.

Weine, alkoholfreie Liköre u. Punsche preiswert.

H. Elkan, Leipzigerstr. 87.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180313-15/fragment/page=0004

Deutscher Reichstag.

138. Sitzung. Dienstag, den 12. März 1918, nachm.

Das Haus ehrt das Andenken an den verstorbenen Abg. Stolle (U. Soz.), der dem Reichstag ununterbrochen seit 1881 angehört hat, durch Erheben von den Sitzen.

Anfragen.

Abg. Dr. Quarck (Soz.) beschwert sich über die Aeußerung des Reichskommissars für die Kohlenversorgung auf der Stuttgarter Kohlenkonferenz gegenüber der Anregung, eine Rationierung der Kohlenlieferung eintreten zu lassen, „er stehe und falle mit dem freien Handel", und führt weiter Klage über die mangelhafte Kohlenversorgung der süddeutschen Städte speziell Frankfurt a. M.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Der Reichskommissar für Kohlenversorgung hat sich keineswegs gegen die Rationierung der Kohlen, sondern nur gegen die öffentliche Bewirtschaftung gewendet. Der Hausbrand ist längst rationiert und soll auch weiter rationiert bleiben. Für einen schrankenlosen freien Kohlenhandel hat der Reichskommissar sich nicht ausgesprochen, sondern nur seinen Gegensatz zur öffentlichen Bewirtschaftung festgestellt. Die jetzt schlecht versorgten süddeutschen Städte sollen künftig besser verforgt werden.

Abg. Geyer (U. Soz.) beschwert sich über eine Verschärfung der Vorzensur, da zur Ausfuhr bestimmte Zeitschriften schon 24 Stunden vor der Ausgabe im Original oder Umdruck eingereicht werden müssen.

Major von der Berg: Eine Verschärfung der Vorzensur ist nicht vorgenommen worden, es handelt sich hier um eine neue Regelung der Ausfuhr von Zeitschriften, die im Interesse der Zeitschriften selbst liegen.

Abg. Scheef (Volksp.) fragt, ob der Wunsch der kleinen Landleute, daß ihnen für das fehlende Brotgetreide eine entsprechende Menge selbsterzeugter Gerste belassen werden möge, erfüllt werden könne.

Unterstaatssekretär v. Braun: Mit Rücksicht auf die besonderen Verwendungszwecke der Gerste ist es nicht möglich, diesem Wunsch der Gerste besitzenden Teilselbstversorger zu erfüllen.

„Reform" des Reichstags.

Auf der Tagesordnung steht das Gesetz über die neue Zusammensetzung des Reichstages und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen. Danach soll die Zahl der Reichstagsabgeordneten von 397 auf 451 erhöht, die Zahl der Wahlkreise auf 387 vermindert werden. Die Stadtgebiete von Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., München, Dresden, Hamburg bilden je einen Wahlkreis. Ferner werden noch acht große Wahlkreise durch Zusammenlegung gebildet. Diese Riesenwahlkreise erhalten mehrere Abgeordnete. So werden in Berlin 10 Reichstagsabgeordnete gewählt, im Kreise Teltow 7, in Hamburg 5, in Bochum und Leipzig je 4, in Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederbarnim, München und Dresden je 3 und in den übrigen großen Wahlkreisen je 2. In diesen Wahlkreisen wird die Verhältniswahl eingeführt.

Staatssekretär des Innern Dr. Wallraf:

Die durchschnittliche Bevölkerungszahl der Wahlkreise, die nach dem Gesetz 100 000 betragen sollte, beträgt nach der letzten Volkszählung 163 500. Die Vorlage bringt eine Teilreform. Bei Zugrundelegung der Durchschnittszahl von 100 000 würde der Reichstag aus 700 Abgeordnete bestehen. Der Minister erörtert des weiteren die Vorteile und Nachteile des Proportionalwahlsystems; seine Ausführungen bleiben im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich. Welche politischen Folgen die Vorlage für die einzelnen Parteien mit sich bringen wird, läßt sich nicht übersehen. Das beweist schon, daß die Regierung bei ihrer Vorlage sich von rein sachlichen Beweggründen hat leiten lassen.

Abg. Kuckhoff (Zentr.):

Die Vorlage bedeutet ein Stück Neuorientierung. Wir haben jetzt Wahlkreise mit 1 800 000 Einwohnern. Wir begrüßen die Vorlage grundsätzlich. Eine allgemeine Reform der Wahlkreiseinteilung wäre zur Zeit nicht zweckmäßig, zumal auch die letzte Volkszählung von 1910 jetzt keineswegs mehr maßgebend ist. Die politische Wertung der Verhältniswahl wird man abwarten müssen. Jedenfalls werden auf diese Weise die 44 neuen Abgeordneten nicht einer Partei zufallen, sondern sich auf verschiedene Parteien verteilen. Alle Ungleichheiten werden durch die Vorlage nicht beseitigt, vielmehr neue geschaffen. Wir wollen die Vorlage schnell verabschieden, um Preußen ein Beispiel zu geben. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an den Verfassungsausschuß.

Abg. Dr. Grabnauer (Soz.):

Die Vorlage bringt zum erstenmal eine einschneidende Aenderung des Reichstagswahlrechts und ist zweifellos von großer Tragweite in politischer Beziehung. Ich kann sie aber nicht so günstig beurteilen wie mein Vorredner. Dr. Helfferich sagte, der geplante Ausbau solle die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder des deutschen Volkes sichern. Ich kann wahrlich nicht anerkennen, daß diesen tönenden Worten die jetzige Vorlage auch nur annähernd gerecht wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Statt einer wirklich groß angelegten Reform bekommen wir eine Teilreform, die bepackt ist mit einer Fülle sehr fragwürdiger Bestimmungen. Wir haben die Verhältniswahl seit langem gefordert. Infolgen bedeutet die Vorlage einen Erfolg unserer vieljährigen Bemühungen. Leider weist sie aber einen überaus zwiespältigen Charakter auf. Einen guten und gerechten Grundgedanken bringt sie in einer solchen Form zum Ausdruck, daß wir das Ganze nur als sehr unzureichend und unbefriedigend bezeichnen müssen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine allgemeine Reform wäre durchaus möglich. Man sagt, mitten im Kriege dürfe man keine großen Parteikämpfe hervorrufen. Aber dasselbe haben wir in Preußen immer gehört und schließlich ist man doch auch dort zu einer besseren Erkenntnis gekommen. Gerade jetzt nach dem großen Erlebnis dieses Weltkrieges wäre es eine Pflicht der Reichsleitung und des Reichstags, die volle Gleichberechtigung der deutschen Staatsbürger auch auf dem Gebiete des Reichstagswahlrechts zur Durchführung zu bringen. (Sehr gut! b. d. Soz.) England hat im Kriege eine Wahlreform großen Stils, die auch 6 Millionen der weiblichen Bevölkerung das Wahlrecht brachte, durchgeführt (Hört, hört!) Berlin das an Umfang so groß ist wie die Provinz Ostpreußen, wird nach dem neuen Gesetz nur 10 Abgeordnete in den Reichstag entsenden können, die Provinz Ostpreußen dagegen 17. (Hört, hört!) Ein Wahlkreis wie Teltow mit einer Einwohnerschaft von 1 315 000 erhält in Zukunft sieben Mandate; aber ebenso sieben Mandate bekommt auch der Regierungsbezirk Stettin mit nur 868 000 Einwohnern. Die Einwohner von den Toren Münchens in einem sogenannten Restwahlkreis haben das zwei- bis dreifache Wahlrecht wie die Einwohner Münchens selbst. (Hört, hört!) Die Münchener haben nur dasselbe Wahlrecht wie die drei Wahlkreise, in denen die Hauptführer der Konservativen gewählt sind. (Hört, hört!) Die ganze Art, wie die Vorlage die Verhältniswahl nur für einen Teil der Großstädte einführt, hat offensichtlich

eine Spitze gegen die Arbeiterschaft.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Das wird ganz offenherzig in der Begründung zugegeben. Ein weiterer Uebelstand der Vorlage ist die Schädigung der Arbeiterschaft in den Restwahlkreisen, von welchen industrielle Teile abgeschnitten und mit benachbarten Städten verbunden sind. Der Verfassungsausschuß wird also ernstlich prüfen müssen, ob die Neuregelung nicht mindestens auf alle Wahlkreise, die schon 1910 200 000 Einwohner hatten, ausgedehnt werden soll.

*

Der Schluß der Rede und der Bericht über die weitere Debatte liegt noch nicht vor. Eine telephonische Meldung besagt, daß nach Müller-Meiningen (fortschr.) und Junck (Natl.) die Vorlage empfehlen, Genossen Dr. Frankenberg (Mannheim) Unabhängiger Sozialdemokratie die Ablehnung der unzureichenden „Reform" aussprach und Graf Westarp sich ähnlichen Bedenken äußerte. Wir werden auf die Rede Erdmanns zurückkommen. Die Vorlage ging an den Verfassungsausschuß.

Die Aenderung des Postscheckgesetzes und die Vorlage über die Kriegsabgaben der Reichsbank wurden dem Hauptausschuß überwiesen. Am Mittwoch Zentrums-Interpellation über den Mittelstand.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. März 1918.

Der Haushaltsplan der Stadt Halle für 1918.

Keine Steuererhöhung!

I.

Der Magistrat hat jetzt den Stadtverordneten den Haushaltsplan der Stadt zugestellt. Er ist um etwa 80 Seiten umfangreicher als der vorjährige und die Kriegswirkungen treten in ihm, gegenüber dem vom 1917, wiederum in verschärfter Weise hervor. Schloß der Haushaltsplan für 1917 in Einnahmen und Ausgaben mit 14 865 500 Mark ab, so der für 1918 mit 17 896 700 Mark, was einer Steigerung von rund 3 Millionen Mark gleichkommt. Die befürchtete Erhöhung der Gemeindesteuerzuschläge läßt sich aber gleichwohl nochmals umgehen, da der Krieg andererseits, wie es in der dem Haushaltsplane beigegebenen Begründung des Magistrats heißt, im Vorjahre „die Finanzwirtschaft der Stadt in günstiger Weise beeinflußt" hat. „Die Kriegswirtschaft mit ihren großen Gewinnen und Einnahmesteigerungen bei Unternehmern und Arbeitern (?) hat eine Steigerung der Steuern bewirkt, wie sie wohl keiner vorausgesehen hat, und die in diesem Jahre die starke Mehrbelastung ohne Schwierigkeit tragen läßt." Indes gibt sich auch der Magistrat darüber keiner Täuschung hin, daß dieses „günstige Ergebnis" nur eine vorübergehende Erscheinung ist und daß wahrscheinlich schon im Jahre 1919 bestimmt mit einer Steuererhöhung zu rechnen sein wird. „Die Zukunft wird," so bemerkt der Magistrat in seiner Begründung weiter sehr zutreffend — „je nach der Dauer des Krieges mehr oder weniger schnell — dieses Bild gründlich verändern. Die höheren Ausgaben bleiben nicht nur, sie werden sich noch um gewaltige Summen steigern (Zinsendienst und Tilgung der Kriegsschulden, Beamtengehälter, zurückgestellte Instandsetzungen, neue große Kapital-Aufwendungen für die Friedenswirtschaft), die Einnahmen werden sich nach der Umstellung des Wirtschaftslebens auf die mindestens in den ersten Jahren unter sehr schweren Bedingungen arbeitende Friedenswirtschaft aller Voraussicht nach vermindern nicht nur bei Steuern, sondern auch bei den städtischen Werken."

Diese Folgen des Krieges werden mit Naturnotwendigkeit eintreten, und es bedarf wirklich keiner Prophetengabe, um sie vorauszusehen. Und sehr wahr bezeichnet auch der Magistrat den Haushaltsplan des Jahres 1918 als „ein Spiegelbild der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage: er stellt sich in einigen wesentlichen Beziehungen bereits auf die schwierigen Verhältnisse nach dem Kriegsende ein, während ihm auf der anderen Seite noch „die finanzwirtschaftlichen Vorteile der Kriegswirtschaft" besonders in steuerlicher Hinsicht zugute kommen. So gibt er im Endergebnis nur einen Vorgeschmack von den Lasten, die im Gefolge des Krieges den Gemeinden erwachsen werden".

Die Mehrbelastung des Etats um drei Millionen erklärt sich aus den wachsenden Kriegsschulden, den Kriegsbeihilfen für die Beamten (700 000 Mark), den „stark gesteigerten Löhnen der städtischen Arbeiterschaft (?) und den maßlos gestiegenen Preisen aller Arbeitsstoffe, vor allem der Kohlen, die trotz gesteigerter Gebühren die Ueberschüsse der Werke niederdrücken und in den übrigen mit Arbeiterlöhnen behafteten Verwaltungszweigen eine Steigerung des Zuschusses bewirken."

Eine vermehrte Belastung erfährt der Haushaltsplan ferner durch einen Mehrzuschuß von 54 500 Mark für den Zoologischen Garten, durch erhöhte Zuschüsse für die Schulen, dann durch den Fortfall von rund 137 000 Mk., die in den Vorjahren aus Sparkassen-Ueberschüssen ausnahmsweise zur Entlastung des Haushaltsplanes zur Verfügung gestellt worden wären. — Allen diesen

---

101]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

Sie sah ihn mit großen Augen ruhig an. „Vor einer Minute noch wär' ich freiwillig rein gewesen," sagte sie, „aber eher will ich sterben, als gezwungen einem Manne zu Willen sein."

„Was fällt dir ein?" rief er stolz sich zurückbeugend. „Du traust mir zu, an was mein Herz nicht denkt."

„Was willst du denn?" fragte sie.

„Respekt, sonst gar nichts!" antwortete er mit seltsam strengem Tone. „Du mußt versprechen, daß du nie in deinem Leben mehr solche Ausdrücke wider mich brauchen willst."

„Wenn's nichts weiter als das ist!" rief sie lachend. „Der Respekt ist schon von selbst da, und ich will nun, was du haben willst. Aber erst steck' dein Messer ein, denn damit bringst du mich zu nichts, ich hab' im Gefängnis schon den ersten Grad der Tortur überstanden, und sie haben nichts aus mir herausgebracht."

Er stand auf und steckte sein Messer ein. Mit wunderbarer Schnellkraft schoß sie vom Boden auf: „Ich habe meinen Meister gefunden," rief sie: „so hätte keiner von den andern gehandelt! Dafür will ich dich auch achten und ehren und will dir leibeigen sein und mit meiner Hand dich ernähren mein Leben lang." Sie ließ sich zu Boden, umfaßte seine Knie und sah zärtlich zu ihm empor.

„Horch!" sagte er. Ein Donnerschlag ging über ihre Häupter und rollte langsam durch den Wald. Ein zweiter folgte und schwere Tropfen klatschten über ihnen auf die Blätter. Das schattige Plätzchen war dunkel geworden; das Stück Himmel, das man sehen konnte, zeigte sich mit schweren schwarzen Wolken behängt. Die Stelle gab guten Schutz gegen das ausbrechende Gewitter; denn dem jungen Holzschlage drohte keine Gefahr vom Blitze, der Hochwald war fern, und unter einem Felsen am Wasserfall befand sich eine leichte Vertiefung, wo man vor dem Regen geborgen sitzen konnte.

„Das musiziert drauf los!" sagte er behaglich, während das Gewitter mit heftigen Schlägen sich entlud und der Regen auf den Wald niederrauschte. „Hast du Angst?" fragte er, als Christine sich beim grellen Lichte eines Blitzes unwillkürlich bekreuzte.

„Nein!" sagte sie. „Ueberhaupt hab' ich in meinem Leben keine Angst mehr als vor dir und um dich."

Sie schmiegte sich an ihn wie ein Lamm. Ihre Augen suchten die seinigen und kehrten scheu in sich zurück; denn er sah unverwandt in die Höhe und seine Seele schien sich an dem Aufruhr in der Welt umher zu laben.

Das Gewitter hatte endlich ausgetobt und der Regen hörte auf. Er erhob sich und kehrte auf den verlassenen Pfad zurück. Christine schlich mit gesenktem Kopfe traurig neben ihm her; noch gestern hatte er ihr leidig zu erkennende Beweise seiner wachsenden Zuneigung gegeben, und heute war er still und halt gegen sie. Da sie seinen Jähzorn kennen gelernt hatte, so wagte sie es nicht, ihn durch neuen Trotz zu reizen.

Sie waren lange nebeneinander hergegangen, da getraute sie sich endlich zu fragen: „Wo gehst du denn eigentlich hin?"

„Nach meinem Weibe sehen," war die Antwort.

„Glaubst du, daß sie mit dir zu uns gehen wird?" fragte sie weiter.

„Ich zweifle," antwortete er, „aber ich muß doch zuerst wissen, wie ich mit ihr dran bin. Das muß alles ganz offen abgemacht werden."

Sie atmete auf und es fiel ihr wie ein Stein vom Herzen; denn jetzt begriff sie sein Betragen.

„Wenn sie sich drein fügt und mitgeht," setzte er hinzu, „so muß es jedermann recht sein, und ich werd's nicht leiden, daß man ihr etwas zuwider tut oder sagt."

Ich tu' ihr gewißlich nichts zuleid," versetzte sie schüchtern. „Wenn sie aber nicht will, und du wirst doch auch nicht mit ihr nach Ebershach zurück wollen, so darfst du sie nicht nackt und bloß von dir lassen."

„Wenn sie von mir geht," sagte er, „so hat sie mit ihren Kindern nichts zu beißen und zu brechen."

„Ich will dir für alle Fälle was sagen," wendete sie sich zutraulich zu ihm. „Ich hab' ein paar hundert Gulden im Zins stehen bei einem sicheren Mann im Fränkischen. Nun will ich dir weder zu noch abreden: ob sie zu uns taugt, das ist deine und ihre Sache. Wenn's aber, wie du jetzt selbst für möglich hältst, zwischen euch zur Trennung kommt, so kannst du Geld von mir haben, soviel du willst, damit du sie nicht entblößt ziehen lassen mußt und damit deine Kinder nicht in Not verlassen sind."

Sein Gesicht verwandelte sich und er blickte sie so freundlich an, daß es ihr durch das Herz ging. Mit der Teilnahme an seinen Kindern, welchen er nicht Vater sein konnte, hatte sie, mehr als mit dem übrigen Anerbieten, das auf eine Abfindung seines Weibes hinauslief, eine Saite in seinem Herzen berührt, die akkordlich klang. Doch sagte er nur: „Davon können wir noch reden."

Sie kamen aus dem Walde heraus und hatten freies Feld vor sich, durch welches mehrere Wege führten. Da er ohne Aufenthalt vorwärts ging, so legte sie ihre Hand auf seinen Arm und fragte: „Gewaltig du dir den Weg zu machen? Ein kleiner Umweg durch den Wald wäre besser. Die Gegend ist nicht sicher, und für dich am wenigsten."

„Bleib' du zurück," sagte er. „Ich gehe grad' auf dem Weg hier fort nach dem Waldsaum da drüben."

„Wo du dich hintraust," versetzte sie, „da geh' ich mit. Ich begleite dich bis an den Hof und überlasse dich dort deinem Stern oder deinem Unstern."

Sie gingen zusammen weiter. Er befand sich allerdings in einer Gegend, die für ihn nicht sicher war, die er sehr gut kannte. Eine kurze Wanderung auf der sich gegen den Talrand senkenden Anhöhe würde ihn sein Heimattal gezeigt haben. Er erkannte es an dem jenseitigen Höhenzuge, von welchem der obere bewaldete Teil zu sehen war. Er warf einen finsteren Blick nach der Stelle, wo unsichtbar für das Auge sein Vaterort drunten lag, und wandte sich zum Weitergehen, als er bemerkte, daß Christine, jeder Besorgnis Trotz bietend, auf einer steinernen Ruhebank Platz genommen hatte. Ihre Augen flogen wie trunken ins Weite. Er folgte mit seinem Blick und sah jetzt erst den wundervollen Anblick, der sich ihnen bot. Das Albgebirg in seiner ganzen Ausdehnung stieg über die niedrigeren Höhen empor, die sich vor ihm lagerten. Das ziehende Gewitter hatte seine letzten Wolken im Westen gesammelt, wo die Sonne unterging. Man sah sie nicht, aber durch die Wolken sendete sie nach dem Gebirge ein zauberhaftes Licht, das nach und nach die ganze Kette heimzusuchen kam. Im äußersten Westen begann das Schauspiel, und Achalm und Neuffen mit ihren Mauern und Felsen glänzten auf. Dann lief das Licht am Gebirg herüber und in die tiefsten Taleinschnitte hinein, die sonst ununterscheidbar im Ganzen verschwammen, so daß jetzt in ihrem Hintergrunde die fernsten Felsen wie Diamanten blitzten und das Grün der Wälder wie in einem warmen Rauche leuchtete. Nach einigen Augenblicken sank die beleuchtete Stelle in eine graue Masse mit dem übrigen Gebirge zurück, während der wunderbare Strahl immer weiter wanderte, bis er endlich im letzten Osten der Berghöfe erlosch. Nun aber spiegelte sich hinter dem Staufen und Hechberg das Dunstbild der ursichtbaren Leuchte, von welcher der Zauberschein herkam, so daß dort in einem dichten Purpurrauche eine zweite Sonne auf- und untergegangen schien.

Er wußte nicht, ob er wachte oder träumte; die Welt war ihm neu und er glaubte, sie, obgleich kaum eine Stunde von seinem Geburtsorte entfernt, zum erstenmal zu sehen. Er heftete den Blick wieder auf seine Genossin, durch deren Augen er dieses Liebesspiel der Sonne mit einem Fleck der Erde, den er seine Heimat nannte, erschaut hatte, und siehe, auch sie hatte der Lichtstrahl in seinen blendenden Bereich gezogen. Er hing bewundernd an ihrem Anblick, da kehrte sie ihm das braune, in rötlichem Schimmer strahlende Antlitz zu und rief: „Du bist ja ganz von Glanz umflossen!"

„Auch ich?" fragte er verwundert.

„Wir sind bei der Frau Sonne zu Gaste," sagte sie, „wir Kinder des Waldes haben darin viel vor den anderen Menschen voraus. Aber komm, es muß nun einmal sein."

Sie gingen dem gegenüberliegenden Walde zu und verfolgten einen durch denselben gehenden Weg, bis sie in der Nähe des Hofes angelangt waren, wo er die blonde Christine untergebracht hatte.

„Hier scheiden sich unsere Wege," sagte die schwarze Christine. „Und nun hör' noch eins. Ich weiß, daß du mich sieh hast und dein Herz schwer von mir losreißen wirst; deshalb will ich dich nicht an mich locken, wie ich wohl könnte. Aber dein Herz wird dir selbst sagen, wie es um uns steht. In ihr hast du nur dich selbst geliebt, deinen eigenen Willen, in ihr hast du nur dir selbst Wort gehalten. In mir liebst du etwas anderes."

„Ja, den Teufel!" murmelte er. „Und doch bist du mir soeben wie ein Engel des Lichtes erschienen."

„Wenn's wie du willst. Wenn du sie zu uns mitbringst, so wirst du bald sehen, daß du auf mich vor allen bauen kannst. Folgt sie dir nicht in das neue Leben, dessen Türe du, wie du selbst bewußt sein wird, unwiderruflich aufgestoßen hast, folgt sie dir nicht, wie das Weib dem Manne folgen soll, und du gibst deinem Herzen Gehör — wohlan, du weißt genug und ich habe mich schon zu viel angeboten. Unsere Tage hier sind gezählt. Wenn du willst, kannst du uns finden."

Sie grüßte leicht mit der Hand und war im Walde verschwunden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180313-15/fragment/page=0005

Mehrausgaben steht nur eine wesentliche Verminderung der Ausgaben für Straßenbeleuchtung (108 000 Mark) und bei der Armenverwaltung (über 300 000 Mark). Aber die rund 1 400 000 Mark Mehreinnahmen und Ausgabeersparnissen muß der Magistrat selbst als Posten einschätzen, „die keinen Zukunftswert besitzen, sondern nur Eintagsfliegen der Kriegszeit sind."

Soviel vorläufig über den Haushaltsplan im allgemeinen; einzelne wichtige Posten daraus und sein Gesamtbild werden wir noch besonders behandeln.

Heilbehandlung durch die Invalidenversicherung.

Das Reichsarbeitsblatt bringt in seiner letzten Ausgabe eine Uebersicht über die von den Invalidenversicherungsanstalten durchgeführten Heilbehandlungsmaßnahmen im Jahre 1916. Danach wurden im Berichtsjahre insgesamt 95 160 Versicherte mit einem Kostenaufwande von 20 846 108 Mk. in Heilbehandlung genommen. Davon entfallen allein 28 561 auf Lungen- und Kehlkopftuberkulose; Frauen waren hiervon mit 14 317 Fällen beteiligt. Es folgen Lupus mit 202 (132) weiblich), Knochen- und Gelenktuberkulose 220 (99 weiblich). Unter den 66 777 „andern Krankheiten" (Männer: 24 553, Frauen 42 224) nehmen die Zahnkrankheiten (Zahnersatz) mit 13 805 bei Männern und 28 547 bei Frauen die erste Stelle ein. Bei den Zahnkrankheiten wie bei den Krankheiten der Lunge sind die Frauen, wie es die obigen Zahlen erweisen, in außerordentlich hohem Maße beteiligt, wenn man bedenkt, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege die Zahl der an Tuberkulose erkrankten bezw. behandelten Frauen nur etwa die Hälfte der beteiligten Männer betrug. Diese Erscheinung dürfte in der ungeheuer vermehrten Zahl der erwerbstätigen Frauen ihre Erklärung finden.

Die Heilbehandlung der Lungen- und Kehlkopftuberkulose erforderte den Hauptteil der Gesamtunkosten, nämlich 12 366 346 Mark. Das gleiche trifft auch auf frühere Jahre zu. Von den seit 1897 überhaupt behandelten 1 466 359 Personen waren 576 691 oder 39,5 vom Hundert an Lungen- oder Kehlkopftuberkulose erkrankt. Auf ihre Behandlung entfallen etwa 64 vom Hundert der 338 987 140 Mk. betragenden Gesamtausgaben, nämlich 218 125 822 Mk. Ueber die Erfolge der Behandlung sei aus den spezialisierten Tabellen das Folgende mitgeteilt: Von den sicher nachgewiesenen Fällen von Lungen- oder Kehlkopftuberkulose waren bei Männern 85 Prozent, bei Frauen 96 Prozent erfolgreich, bei den dieser Krankheit „Verdächtigen" 95 bezw. 97 Prozent.

Aus diesen Zahlen ist nur allzudeutlich erkennbar, daß die Tuberkulose noch immer eine „Volkskrankheit" im wahrsten und furchtbarsten Sinne des Wortes ist, deren Bekämpfung mit aller Energie und allen verfügbaren Mitteln Pflicht der Gesellschaft und des Staates sein muß.

Zur Schuhnot.

Man schreibt uns: „Eines der jammervollsten Kapitel unserer glorreichen Kriegswirtschaft ist die Schuhversorgung! Die gegenwärtig unerhört hohen Schuhpreise, die Knappheit und Minderwertigkeit der Schuhwaren sind ja zu bekannt, als daß darüber noch viel zu sagen wäre. Runtergerissen bis aufs letzte, muß man den Weg zur sogenannten Bezugscheinquelle antreten und erhält nach vielem Hin und Her einen Schein, mit dem man nun versuchen kann, will und muß, eine so notwendige Fußbekleidung zu ergattern. Bei allem Unglück kann der noch vom Glück reden, dem es baldigst gelingt, in den Besitz von Schuhen zu gelangen. In fast allen Fällen stellen sich aber dabei noch ganz unvorhergesehene und höchst widerwärtige Schwierigkeiten ein. Man kann, wie es mir und vielen andern gegangen ist und noch geht, wochenlang Tag für Tag nach dem Schuhgeschäft, wo man sich angemeldet hat, laufen und fragen, ob denn etwas von der kostbaren" Ware, die man bereits eingegangen ist. Immer und immer wieder erhält Fabrikbetrieben bestimmten Mengen an Kaffee-Ersatzmitteln man aber die ständige Redensart: „Tut uns leid, noch nichts für Sie da, kommen Sie wieder."

Des Laufens und Fragens endlich müde, legte ich mich nun einmal auf die Lauer, weil es mir auffiel, daß andere Leute Schuhe erhielten und nur ich nicht. Hierbei kam ich zu dem überraschenden Ergebnis, daß man sehr wohl Schuhe auf Lager hat, die man sich aber auch nur auf Schleichwegen erwerben kann.

So erfuhr ich, daß man in einem bekannten Geschäfte Stiefeln dadurch erhält, daß man den Verkäuferinnen „etwas zusteckt". Man nimmt dort alles was „Wert" hat, seien es Lebensmittel oder bares Geld. Da ein Städter aber Lebensmittel nicht zu verschenken, sondern sie selbst sehr notwendig hat, so teilt er „Trinkgelder" aus. Diese betragen je nach dem Falle 2 bis 5 Mk. Opfert man so einen Opulus nicht, dann kann man sicher sein, über kurz oder lang barfuß gehen zu müssen. Ich hörte dann auch, daß es in anderen Schuhgeschäften „nicht besser" sein soll, und man wunderte sich über mich, daß ich das noch gar nicht wußte. —

Also kurz gesagt, es ist soweit gekommen, daß man erstens schlechte und furchtbar teure Ware kaufen und zweitens auch noch zur Bestechung greifen muß. Ist das nicht ein schandbarer Zustand? Und soll dieser aller Sitte hohnsprechende Zustand fortdauern? Wer ist denn heutigen Tages imstande, außer den hohen Preisen noch solche Bestechungsgelder zu zahlen? Doch nur die, die es dazu haben. Der Arme kann das nicht, und mancher, der es kann, aber etwas auf seine Ehre hält, will dies nicht. Ich stelle daher die Frage: **Will die maßgebende Behörde hier nicht einmal eingreifen und diese himmelschreienden Zustände beseitigen? Eile und unnachsichtiges Eingreifen tut dringend not!** Einer für viele."

•

Eine empfehlenswerte Firma. Das Kriegswucheramt zu Berlin hat den Kaufmann Paul Günther, Halle (S.), Große Ulrichstraße 18, Inhaber eines Schuhwarengeschäfts, der gegen die Preissteigerungsverordnung und gegen die Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren verstoßen hatte, verwarnt und ihm angedroht, daß er bei weiteren Verstößen gegen kriegswirtschaftliche Bestimmungen die Untersagung des Handels. (d. h. die Schließung des Geschäfts) zu gewärtigen habe.

Neue Bekanntmachungen.

An städtischen Lebensmitteln werden morgen, Donnerstag, zugeteilt: **Grieß**, ¼ Pfund, in den Lebensmittelgeschäften; **Seefische** auf die Nrn. 3501 bis 15000; **Eier** (auf die Nrn. 14001 bis 21 000) und **Kaffee-Ersatz** (auf die Nrn. 45 501 bis 70 000) in der Talamtschule.

* **Steuerfreiheit für Familienunterstützung.** Ein Erlaß des preußischen Finanzministers ordnet an, daß die Besteuerung der Unterstützungen von Angehörigen der Soldaten durch den Staat sowie solcher von den früheren Arbeitgebern unterbleiben soll. Ebenso sind die Teuerungszulagen der unmittelbaren und mittelbaren Reichs-, Staats-, Kommunal- und Kirchenbeamten und anderen Angestellten frei von Staats- und Gemeindesteuern. Ein weiterer Erlaß ordnet die Befreiung der einmaligen oder laufenden Kriegsbeihilfen an Pensionäre und Hinterbliebene an.

* **Ueber reiche Heringsfänge** wird wieder einmal berichtet. Vor der Elbemündung bei Helgoland und Trischen, sowie namentlich auch in der Dithmarscher Bucht haben sich erneut große Schwärme der kleineren Elbheringe eingestellt. Es sind täglich große Fänge in Büsum und Kuxhaven gelandet und mit 32 Pf. das Pfund zum Verkauf gebracht worden. Ganz bedeutende Wagenladungen sind auch täglich auf dem Eisenbahnwege ins Binnenland nach Großstädten versandt worden. Gesamtergebnis des Frühjahrs 1917 mit rund 2 M[illionen] Pfund ist in diesem Frühjahr bis jetzt bereits weit ü[berschritten] worden, und dabei ist noch mit einer weiteren Anda[uer der] Fänge zu rechnen. — Die Botschaft hört man wohl ... auch von diesem Millionen-Heringssegen werden wir i[n Halle] wohl kaum wieder etwas abbekommen ...

* **Saatgut- und Düngemittel-Ausgabe durch den Bun[d zur Erhaltung und Mehrung der deutschen] Volkskraft.** Es stehen jetzt die folgenden Sämereien zur Verfügung: Karotten, Mohrrüben, Mairüben, rote Rüben, Kohlrüben, Rotkohl, Weißkohl, Wirsingkohl, Winterkohl, Blumenkohl (50 Prozent billiger als Einkaufspreis), Rosenkohl, Kohlrabi, Spinat, Mangold, Kopfsalat, Schnittsalat, Kresse, Gurken, Kürbis, Rettig, Radieschen, Zwiebeln, Porree, Sellerie, Sonnenblumen. — Ferner gibt der Bund Kalidünger und ferner Schrebergartendünger ab. Bezugsberechtigt sind alle Kleinpächter des Bundes (Ausweis rote Ackerkarte) und ferner alle Mitglieder des Bundes. Letztere müssen eine Bescheinigung beibringen, daß sie Land besitzen. Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Sämereien von ganz hervorragender Qualität sind. E. Abderhalden.

* **Der Sommerfahrplan der städtischen Straßenbahnen** tritt vom 15. März d. J. ab in Kraft mit der Aenderung, daß die ersten Wagen mit Ausnahme der Linie 0 auch an Sonntagen zu derselben Zeit ausfahren wie wochentags.

* **Unzuverlässige Händlerin.** Der Handelsfrau Emilie Kweinig geb. Schröder, hier, Ludwig-Wucherer-Straße 21, ist von der Polizei der Handel mit Lebens- und Futtermitteln wegen Unzuverlässigkeit untersagt worden.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, den 13., Die Zauberflöte. Donnerstag, den 14., Erstaufführung David von Friedrich Sebrecht. Freitag, den 15., zum letzten Male Iphigenie auf Tauris, Oper von Gluck (Iphigenie: Dina Mahlendorff). Sonnabend, den 16., König für einen Tag. Sonntag, den 17., nachmittags 3½ Uhr Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen Wiener Blut, abends 7½ Uhr Die Zauberflöte. Montag, den 18., Die Förster-Christl.

Die Erstaufführung der Tragödie David mit Leopold Sachse in der Titelrolle dürfte allgemeinem Interesse begegnen. Die Tragödie behandelt den Liebeskonflikt Davids und Bathsebas. Die Uraufführung des Werkes, das im Verlag Kurt Wolff, Leipzig, erschienen ist, fand vor kurzem im Schauspielhaus zu Frankfurt a. M. statt. — Der gesamte Reinertrag dieser Aufführung, der der Dichter persönlich beiwohnen wird, fließt dem Nationalen Frauendienst Halle zu.

* **Im Walhalla-Theater** wird heute zum letzten Male Familie Hannemann gegeben. Nicht Freitag, wie irrtümlich gemeldet, sondern bereits morgen, Donnerstag, kommt zur Aufführung Infanterist Pflaume, ein fröhliches Spiel aus der Jetztzeit von Max Neal und Max Ferner mit Jean Blatzheim in der Titelrolle.

* **Von den Puffern totgequetscht.** Gestern abend geriet auf dem hiesigen Personenbahnhofe der Rangierführer B. beim Rangieren zwischen die Puffer zweier Wagen; er wurde so schwer verletzt, daß der Tod alsbald eintrat.

* **Ein Fürsorgezögling,** der aus einer Anstalt entwichen war, wurde in der Wohnung seiner in der Trothaer Straße wohnhaften Eltern aufgegriffen und zur weiteren Veranlassung vorgeführt.

Wettin. Die halbe Wohnung ausgeräumt. Recht überrascht war der Zimmermann Kümmel in Quillschina, als er morgens den Verlust seiner gesamten Kleidungsstücke einschließlich Stiefel und Schuhe sowie der gesamten Kücheneinrichtung feststellte. Diebe hatten ihm einen unliebsamen Besuch abgestattet.

Könnern. Von der Kreissäge schwer verletzt wurde der Zimmermann Hiller auf seiner Arbeitsstätte. Man brachte den Verunglückten nach einer Heilanstalt in Halle.

Allerlei.

Daimler in Marmelade. Die Konservenfabrik Bavaria, Inhaber Hans Schaerfl in Nürnberg-Schwandorf, ist, wie die Reichsstelle für Gemüse und Obst mitteilt, auf Anordnung des Bezirksamts Burglengenfeld geschlossen worden. Die Firma hat mehrere 100 Zentner Marmelade ohne Genehmigung und außerdem zu einem wucherischen Preise verkauft. Es ist auch ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Eine neue Polarexpedition Amundsens. Nach Pariser Blättern beabsichtigt Amundsen Ende Mai eine neue antarktische Expedition zu unternehmen, bei der er Flugzeuge und Wasserflugzeuge verwenden will. Amundsen brachte einige Zeit an der Westfront zu, um die verschiedenen Flugzeugtypen zu studieren.

[V]erantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei [...] Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; [An]zeigen Wilhelm Hennig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche [Ge]nossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Donnerstag, den 14. März: Keine Witterungsänderung.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung, des § 9b des Belagerungszustandgesetzes und des Gesetzes vom 11. 12. 1915, betreffend die Abänderung dieses Gesetzes verordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

Der Vertrieb des im Verlage von W. Pfannkuch & Co. in Magdeburg erschienenen Buches: Der treue Konrad. Ein Wegweiser durch das Kasernenleben für Arbeitersöhne. Von A. Leonhardt wird verboten.

Die Schrift ist geeignet gänzlich falsche Anschauungen über den Dienstbetrieb im Heere zu erwecken.

Zuwiderhandlungen, die Aufforderung und Anreizung dazu, werden, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Magdeburg, den 7. März 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Sontag, Generalleutnant. *2189

Bekanntmachung.

Gemäß § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich: Als genügender Persönlichkeitsausweis für österreichisch-ungarische Staatsangehörige gelten in Zukunft Militärpapiere nicht mehr. Der Ausweis im Inland hat zu erfolgen durch einen von einer österreichisch-ungarischen Vertretungsbehörde ausgestellten Paß.

Magdeburg, den 6. März 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Sontag, Generalleutnant. *2190

Saatgut- u. Düngemittel-Ausgabe
durch den
Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.

Die folgenden Sämereien stehen zur Verfügung:
Karotten, Mohrrüben, Mairüben, Rote Rüben, Kohlrüben, Rotkohl, Weißkohl, Wirsingkohl, Winterkohl, Blumenkohl (50% billiger als Einkaufspreis), Rosenkohl, Kohlrabi, Spinat, Mangold, Kopfsalat, Schnittsalat, Kresse, Gurken, Kürbis, Rettich, Radieschen, Zwiebeln, Porree, Sellerie, Sonnenblumen.

Ferner sind folgende Düngemittel vorhanden:
1. Kali-Düngung. 2. Schrebergarten-Düngung (Kalium-, Stickstoff- und Phosphor-Düngung).

Alle Mitglieder des Bundes haben mit den Kleinpächtern des Bundes das Recht zum Bezuge von Düngemitteln und Sämereien. Für die Kleinpächter dient als Ausweis die Ackerkarte. Diejenigen, die kein Land vom Bunde haben, müssen eine Bescheinigung vorlegen, daß sie Garten- oder Ackerland besitzen. 4255

Speisezimmer-Einrichtung,
modern, dunkel Eiche, Buffett, 1 Anrichte, 1 Sofa mit Umbau, Ausziehtisch, 6 eichene Stühle.
Mahagoni-Salon-Einrichtung.
Modernes
Herrenzimmer,
dunkel Eiche, wenig gebraucht, verkauft
Friedrich Pelleke,
4259 Geiststraße 25.

Lumpen, Knochen, Eisen,
3403 Metalle, Papier kauft
Albert Bode jun., Große Klausstr. 22.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Kinder- Damen- Herren-
Strümpfe
in
Wolle, Baumwolle und Seide 4173
in unübertroffener Auswahl.
Julius Bacher, Leipziger Strasse 102.

Arbeitsmarkt

Klempner, Schlosser, Mechaniker, Dreher
4249] für dringende Heereslieferungen
gesucht.
Max Stahl, Wielandstr. 30.

Für unser Werk Würgendorf
(Bahnstrecke Köln—Gießen)
werden zum sofortigen Eintritt
200 Mädchen,
über 18 Jahre, und
100 kräftige Arbeiter
gesucht.
Wohnung und Verpflegung an Ort u. Stelle.
Sprengstoffabriken Hoppecke Aktien-Gesellschaft
Würgendorf (Kreis Siegen). *2122

Kauft das gute

zu haben:
in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt.
Dampf-Brotfabrik Halle a/S.
Röpzigerstr. 12. Fernsp. 4011. 3949

Möbel, Betten, Pfandscheine
3979 kauft zu höchsten Preisen
Frau Hornickel, Kl. Klausstraße 6
— Tel. 4314. —

Schulbücher aller Art
empfiehlt die
Volksbuchhandlung.
Halle (Saale). Harz 42/44.

Wer fertigt mir Schnitte für Stanzen, und wer Holzmodelle event. nebenbei an? 4258
Kurt Litzenberg,
Gr. Steinstr. 11. Tel. 4025.

Klavier-, Violin-, Mandolin- und Gitarre-Unterricht erteilt
3406] **Wally May,** Torstraße 40.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180313-15/fragment/page=0006